



Jahresbericht 2007

Verband der Deutschen Freien
Öffentlichen Sparkassen e.V.



Jahresbericht 2007

Verband der Deutschen Freien
Öffentlichen Sparkassen e.V.



Inhalt



Verbandsorganisation	4
Die ordentlichen Mitgliedssparkassen	5
Standpunkt	6
Blickpunkt	12
Wir stellen vor	21
Verbandstagung Linz	26
Verbandsaufgaben	29
Verbandsentwicklung	31
Die außerordentlichen Mitgliedssparkassen	43

Rechtsform

Der Verband der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen e. V., gegründet 1920, besitzt die Rechtsfähigkeit nach § 21 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Mitglieder

Im Berichtsjahr gehörten dem Verband sechs deutsche freie Sparkassen, d.h. kommunal nicht gebundene Institute, sowie zwei deutsche öffentlich-rechtliche Sparkassen, die aus einer freien Sparkasse hervorgegangen sind, als ordentliche Mitglieder an (siehe Seite 5). Als außerordentliche Mitglieder waren dem Verband im Jahr 2007 35 freie

Vorstand

Präsident Jürgen Oltmann, Bremen
Verbandsvorsteher
Vorsitzender des Vorstandes der Die Sparkasse Bremen AG und der Finanzholding der Sparkasse in Bremen

Wolfgang Pötschke, Lübeck
1. stellv. Verbandsvorsteher
Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse zu Lübeck AG



Verbandsorganisation

Sparkassen aus 10 weiteren Ländern Europas und der Verband der schwedischen Sparkassen, Sparbankernas Riksförbund, angeschlossen (siehe auch Seiten 46 und 47).

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung setzt sich aus Vertretern der Mitgliedssparkassen zusammen. Außerordentliche Mitglieder haben kein Stimmrecht.

Dr. Harald Vogelsang, Hamburg
2. stellv. Verbandsvorsteher
Vorstandssprecher der Hamburger Sparkasse AG und der HASPA Finanzholding

Dr. Markus Limberger, Linz
Außerordentliches Mitglied des Verbandsvorstandes mit beratender Stimme
Vorstandsvorsitzender der Allgemeinen Sparkasse Oberösterreich Bankaktiengesellschaft

Mitgliedschaften

Der Verband der Deutschen Freien Öffentlichen e.V. ist außerordentliches Mitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V., Mitglied der Wissenschaftsförderung der Sparkassenorganisation e.V., sowie Mitglied der Sparkassenstiftung für internationale Kooperation.

Die ordentlichen Mitgliedsparkassen

Die ordentlichen Mitgliedsparkassen

Stand: 31.12.2007

Sparkassen	Bilanz- summe Mio. EUR	Kredit- volumen 1) Mio. EUR	Gesamt- einlagen 2) Mio. EUR	Eigen- kapital 3) Mio. EUR	Anzahl der Mitarbeiter 4)	Anzahl der Bank- stellen 5)
Aktiengesellschaften						
Bordesholmer Sparkasse AG Bahnhofstraße 43-47 24582 Bordesholm	643	359	359	48	157	8
Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG Markt 29, 25821 Bredstedt	398	335	161	18	83	2
Die Sparkasse Bremen AG Am Brill 1-3, 28195 Bremen	11 282	7 317	6 894	525	1 593	62
Hamburger Sparkasse AG Ecke Adolphsplatz/Gr. Burstah 20457 Hamburg	34 581	21 356	26 298	1 627	5 328	226
Sparkasse zu Lübeck AG Breite Straße 18-28, 23552 Lübeck	2 026	1 471	1 124	131	497	15
Sparkasse Mittelholstein AG Röhlingsplatz 1, 24768 Rendsburg	1 439	1 163	878	81	263	11
Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts						
Frankfurter Sparkasse Neue Mainzer Straße 47-53 60255 Frankfurt am Main	17 320	6 903	12 413	575	1 924	99
Sparkasse Westholstein Dithmarscher Platz 2, 25524 Itzehoe	2 135	1 608	1 590	117	577	32
Insgesamt 8 Institute	69 824	40 512	49 717	3 122	10 422	455

1) Forderungen an Nichtbanken, Wechselkredite, Durchlaufende Kredite, Avale

2) Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken, Inhaberschuldverschreibungen und Sparkassenobligationen, ohne nachrangige Verbindlichkeiten

3) Rücklagen gem. § 10 KWG, ohne Genussrechtskapital und nachrangige Verbindlichkeiten sowie ohne Zuführung aus Gewinnverwendung 2007

4) ohne Konzernmitarbeiter

5) ohne Selbstbedienungs-Service-Stellen

Ein Geschäftsmodell bewährt sich

Die Märkte sind in Bewegung wie lange nicht mehr. Alle Banken wurden von den Turbulenzen, die ihren Ausgang im amerikanischen Immobilienmarkt hatten, in Mitleidenschaft gezogen. Keine Bank, auch nicht diejenigen, die anfangs so sehr beteuerten, dass sie keine der fraglichen Papiere im Portfolio hätten, blieb verschont. Denn letztlich hat die rasante Talfahrt der Indizes ihren Niederschlag in den Bewertungsergebnissen gefunden. So oder so.

verliehen – den Sparkassen. Sie, die ein in der Vergangenheit so oft belächeltes traditionelles Geschäftsmodell leben, sie, die mit der Ausrichtung auf angestammte Kundensegmente und mit einem klassischen Produktportfolio angeblich eher magere Erträge einfahren – sie haben sich in der Finanzmarktkrise als stabilisierend erwiesen.

Dass unser Geschäftsmodell von diesem höchsten Gremium als tragfähig, stabil und sicher beurteilt wird, bestätigt unser Selbstbild. Doch dürfen wir uns darauf nicht ausruhen. In dieser Krise hat es getragen, aber es ist notwendig,

Standpunkt

Zentrale Frage in der Betrachtung der Krise ist: welches Geschäftsmodell bewährt sich? Müssen wir uns als Kreditinstitute samt und sonders in Sack und Asche hüllen? Mitnichten! Die Beurteilung der Entwicklung erfordert eine differenzierte Betrachtung. Denn es gibt einen gewaltigen Unterschied zwischen den Instituten, die sich besonders geschäftstüchtig glaubten und ihr Geschäftsmodell nach den rückläufigen Erträgen ausrichteten und denjenigen, die ihrer Tradition und ihrem Auftrag folgten und vermeintlich "langweilige" Geschäftspolitik betrieben. Das „Qualitätssiegel“ des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wurde uns

das Modell stets weiterzuentwickeln, um auch in Zukunft ganz vorne zu stehen.

Das bedeutet, dass wir das Modell der vor uns liegenden Entwicklung unbedingt anpassen müssen. Angezeigt sind die Weiterentwicklung von Strukturen und Instrumenten betriebswirtschaftlich orientierter Unternehmensführung sowie die Implementierung einer Führungs- und Vertriebskultur, die mit diesen weiterentwickelten Strukturen und Instrumenten souverän umgehen kann. Zur Bewertung der anstehenden Veränderungen ist es notwendig, die Erkenntnisse aus der Krise zu betrachten und ihre entscheidenden Determinanten aufzuspüren. Sie zeigen uns wie



Präsident Jürgen Oltmann

durch ein Vergrößerungsglas, wo Hausaufgaben zu machen sind.

Sehen wir uns diese Hausaufgaben genauer an:

Landesbanken in Zugzwang

Wenn wir die Historie der Landesbanken betrachten, so hatten wir zunächst Girozentralen, die als Töchter der Sparkassen in den Regionalverbänden die Aufgabe einer Zentralbank erfüllten und über die Gründung von Dienstleistern (wie z.B. Deka, Leasing und Rechenzentren) den Sparkassen zur Verfügung standen. Im Laufe der Zeit entwickelten sich die Landesbanken aufgrund ihrer ausgesprochen günstigen Refinanzierung zu weltweit tätigen Großkredit- und Projektfinanzierern sowie Investmentbankern. Dabei haben Sie ihren eigentlichen, ursprünglichen Auftrag immer weiter aus den Augen verloren.



Die nach der Entscheidung über den Wegfall der Gewährträgerhaftung und Anstaltslast verbleibende Frist hätte eigentlich den sofortigen („Rück“-) Umbau der Landesbanken zu wettbewerbsfähigen ergänzenden Dienstleistern für Sparkassen auslösen müssen.

Stattdessen sind viele Landesbanken den vermeintlich einfacheren Weg gegangen und haben sich mit der (noch) günstigen Refinanzierung in und außerhalb der Bilanz Riesenbestände in strukturierten Produkten zugelegt.

Auch die immer wieder ins Spiel gebrachten vertikalen Fusionen sind aus unserer Sicht Ablenkmanöver von dem eigentlichen Problem der nicht intakten Geschäftsmodelle.

Es ist deshalb höchste Zeit, das Versäumte nachzuholen. Ohne Konzentration und Gesundshrumpfung wird es zu keinen tragfähigen Lösungen kommen.

Internationale Großbanken als Verlierer

Gerne wird den Sparkassen nachgesagt, dass ihre Eigenkapitalrentabilität im Vergleich zu den Privat- und Hypothekenbanken bedauerndwert niedrig sei. Gründe dafür lassen sich im gemeinwohlorientierten Geschäftsmodell der Sparkassen schnell finden. Komme es doch bei den Sparkassen in erster Linie gar nicht auf die Gewinne an, sondern auf die Präsenz in der Region.

Doch das aktuelle Gutachten von Prof. Andreas Hackethal, Goethe-Universität Frankfurt, und Bundesbank-Vorstand Hans-Helmut Kotz räumt auf mit dieser Einschätzung: tatsächlich sind die langfristigen Eigenkapitalrenditen der Geschäftsbanken schlechter als die der Filialbanken, wenn man „Äpfel mit Birnen“ vergleicht, was ja gemeinhin empfohlen wird. Betrachtet man die



Risikosituation hinter der Fassade der Rendite, gilt immer wieder, dass die gute Rendite mit einem deutlich höheren Risiko eingekauft wurde.

Die Krise zeigt, dass die zu starke Abhängigkeit vom Investmentbanking große Gefahren heraufbeschwört. Die immer wieder auch von Brüssel geforderten Konzentrationsbemühungen zeigen in die falsche Richtung. Gerade die ganz großen internationalen Banken sind zur Gefahr für das Ganze geworden. Riesiger Kapitalbedarf und sozialisierte Verluste müssen die Mängel in den Geschäftsmodellen notdürftig flicken.

Nach der jüngsten Untersuchung der Boston Consult hat der Börsenwert der großen Banken der Welt, die 75 % des Weltmarktes repräsentieren, allein im 1. Halbjahr 2008 rund ein Viertel des Börsenwertes eingebüsst und den Anlegern eine entsprechend negative Rendite beschert. Inzwischen hat sich dieser Trend noch weiter verschärft. Auch hier sehen wir wieder, dass das Geschäftsmodell der Sparkassen – Freier wie öffentlich-rechtlicher – langfristig das solidere und die deutsche Wirtschaft stabilisierende Geschäftsmodell ist.

Hausaufgaben der (deutschen) Sparkassen

Die durch die Finanzmarktkrise ausgelösten Verwerfungen bei der Zinsstruktur und die damit verbundenen Einbrüche bei den Zinserlösen durch die wegfallende Fristentransformation haben deutlich gemacht, dass sich die deutschen Sparkassen zu lange auf die stärkste Ertragsquelle, nämlich die Zinserlöse und die hohen (Alt-)Bestände aus dem Zinsgeschäft verlassen haben.

Ein Blick über die Grenze, insbesondere zu unseren österreichischen Kollegen, zeigt, wohin die Reise vermutlich bei den Zinserlösen geht, nämlich noch eine gewisse Zeit abwärts. Dieser Blick zeigt aber auch zwei wichtige Hebel, um dieser negativen Entwicklung entgegenzuwirken.



Dies sind:

1. Ertragsverbesserung insbesondere durch Steigerung der Provisionserlöse und
2. deutliche Senkung der Kostenquote

Die dafür notwendigen Veränderungsprozesse sind bisher auch deshalb noch nicht intensiv und schnell genug vorangekommen, weil wir uns allzu häufig mit Durchschnittskennzahlen zufrieden geben.

Bisher nutzen wir noch keine betriebswirtschaftlichen Vergleiche, getrennt nach den einzelnen Zielgruppen und Produkten, insbesondere den Standardprodukten, mit denen wir als Sparkassen groß geworden sind. Zudem scheint es mir sinnvoll, Differenzierungen nach großen und kleinen Sparkassen sowie städtisch- und flächenorientierten Sparkassen vorzunehmen, um den Handlungsdruck, der unterschiedlich ist, deutlicher zu machen.

Bei der durchschnittlichen Betrachtungsweise ist es ähnlich wie bei dem bekannten Beispiel mit der angenehmen Durchschnittstemperatur. Halte ich meine Hand bei 10 Grad minus aus dem Fenster und lege die andere Hand bei 70 Grad plus auf die Herdplatte, ist die Durchschnittstemperatur angenehm. Differenziertere Betrachtungen würden uns deutlich vor Augen führen, dass wir in bestimmten Zielsegmenten - insbesondere solchen, die unserer Tradition entsprechen – so wie heute aufgestellt dauerhaft nicht wettbewerbsfähig sind. Dagegen arbeiten wir heute teilweise sehr profitabel in Zielsegmenten, die man mit einer typischen Sparkasse heute noch gar nicht ausdrücklich identifiziert.

Es ist deshalb dringend notwendig, auf der Ertragsseite die Weichen in Richtung

auf eine ziel- und ergebnisorientiertere Vertriebs- und Führungskultur zu stellen und zugleich auf der Kostenseite unterschiedliche Wege zu wettbewerbsfähigen, differenzierten Lösungen zu suchen.

1. Steigerung der Erträge durch Änderung der Führungs- und Vertriebskultur

Eine Änderung der häufig noch in den Sparkassen vorherrschenden Führungs- und Vertriebskultur setzt voraus, dass diese Änderung zur Chefsache erklärt wird. Inhaltlich ist von Bedeutung, dass die Führungskräfte den größten Teil ihrer Zeit tatsächlich auch für Führung verwenden müssen und dies in ihren Tätigkeitsprofilen verankert sein muss.



Zugleich müssen die Führungsspannen entsprechend angepasst werden. Mit anderen Worten: wir brauchen weniger Einheiten und weniger Hierarchieebenen. Die geringere Zahl der Führungskräfte muss sich dafür aber umso mehr um jeden einzelnen Menschen kümmern.

Das geht nur, wenn auch die nötige Transparenz über das, was der Einzelne leistet, vorhanden ist. Auch hier besteht häufig noch erheblicher Handlungsbedarf. Schließlich müssen anspruchsvolle,

stärker ergebnisorientierte Ziele vereinbart werden und permanent kontrolliert werden.

Jeder einzelne Mitarbeiter muss individuell an seine jeweilige Leistungsgrenze herangeführt werden, was eine intensive Führungsarbeit voraussetzt.

Wenn uns dies gelingt, dann werden wir einen anderen Weg gehen als die meisten Konkurrenten.

Das ausgewogene Verhältnis von Ziel- und Ergebnisorientierung einerseits und Mitarbeiterorientierung andererseits ist der Weg für die Sparkassen. Auf diese Art und Weise werden wir bei den Mitarbeitern Spaß am Erfolg entwickeln und innere Kündigungen und Wechselbereitschaft zur Konkurrenz vermeiden. Viele Sparkassen spüren die negative Entwicklung bei der Konkurrenz und können, wenn sie ihren eigenen neuen Weg finden, daraus einen wichtigen Wettbewerbsvorteil entwickeln.

Es gibt in unserer Organisation eine Reihe von Häusern, die diesen Weg schon beschritten haben und damit hervorragende Erfolge erzielen.

Das Potential, das wir Sparkassen mit dieser Art der Vorgehensweise heben können, ist gewaltig, denn Untersuchungen zeigen, dass wir zwar in den traditionellen Produkten noch sehr hohe Marktanteile haben, dass wir aber in den Bereichen Cross-Selling und zukunftsorientierte Produkte noch schwach sind und unbedingt kräftig zulegen müssen.

2. Verbesserung der Kostenquote

Die differenziertere Betrachtung nach Zielsegmenten und Produkten führt zu der Erkenntnis, dass eine Eigenoptimierung jeder einzelnen Sparkasse gerade im Kerngeschäft mit einem Großteil der Privatkunden und den kleineren Gewerbetunden nur noch eingeschränkt

möglich ist. Gleiches gilt für Standardprodukte, die beispielsweise im Konsumentenkreditbereich den Sparkassen schon überwiegend abhandelt gekommen sind.

Auch hier zeigen uns die Erfolge unserer Kollegen aus den anderen Ländern – in Österreich, Spanien und Schweden – dass Kräftebündelungen uns wieder in wettbewerbsfähige Positionen führen würden.

Das Motto muss lauten: so viel Dezentralität wie möglich, aber eben auch so viel Zentralität wie notwendig. Und notwendig ist mehr Zentralität in diesen Produkt- und Kundensegmenten.

Hoffnungsvolle Ansätze sind vorhanden. Auf der IT-Seite ist die Fusion der beiden großen Rechenzentren eine große Möglichkeit, mehr Standardisierung bei den Prozessen in Standardprodukten zu forcieren.

Auch der Erwerb der Landesbank Berlin durch die Sparkassen bietet in diesem Sinne weitere Möglichkeiten.

Schließlich zeigt sich mehr und mehr, dass die von den großen privaten Sparkassen in Hamburg und Bremen zusammen mit dem Verband in Schleswig-



Holstein auf den Weg gebrachte Idee der Norddeutschen Retail-Service AG als umfassender Dienstleister genau in die richtige Richtung weist.

NRS

Norddeutsche Retail-Service AG
Dienstleistungen für Sparkassen

Alles zusammen bietet hinreichend Kostensenkungspotentiale, die uns bei schnellerem und intensiverem Vorgehen zügig den schon realisierten Kostenquoten unserer Kollegen in Österreich, Spanien und Schweden näher bringen werden. Damit sind auch Konkurrenten wie Postbank, ING DIBA usw. problemlos in die Defensive zu drängen.

Rechtsform

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine kurze Bemerkung zum Thema Rechtsform machen, die erneut durch das Gutachten des Sachverständigenrates angesprochen worden ist.

Meiner Auffassung nach gibt es momentan stärkeren Handlungsbedarf in den gerade beschriebenen Themenfeldern, die unabhängig von der Rechtsform vorangetrieben werden müssen.

Darüber hinaus wäre es wünschenswert, dass die Forderung des Sachverständigenrates umgesetzt wird, den öffentlichen Auftrag – der ja analog bei den privaten Sparkassen sozusagen freiwillig praktiziert wird – von dem operativen Geschäft zu trennen.

Die gerade in letzter Zeit – insbesondere in Nordrhein-Westfalen und Hessen-Thüringen – zunehmende politische Einflussnahme, die nicht zum Ziel hat, die Wettbewerbsfähigkeit der Sparkassen zu verbessern, sondern sachfremde politische Beweggründe und bei der latent

auch immer das Thema der Veräußerbarkeit mitschwingt, ist für die beschriebene Kräftebündelung und damit die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit kontraproduktiv.

Deshalb könnte eine Lösung darin bestehen, die Umwandlung bzw. Einbringung der öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Stiftungen zu forcieren. Eine flächendeckende Einführung ist zwar sehr unwahrscheinlich, weil es 16 Länder und damit 16 Sparkassengesetze gibt. Dennoch sollte eine schrittweise Umsetzung dieses Gedankens angegangen werden und damit stärkere Signale einer Entpolitisierung gesetzt werden.

Konkret müssen eigentlich nur noch 15 Sparkassengesetze angepasst werden, denn die öffentlich-rechtliche Sparkasse Bremerhaven wird nach dem Bremischen Sparkassengesetz bereits als Stiftung betrieben.

Der Gedanke, die kommunalen Sparkassen in Aktiengesellschaften zu überführen, ist aus meiner Sicht zur heutigen Zeit eher gefährlich, insbesondere, wenn es sich dabei um börsennotierte Aktiengesellschaften handeln würde.

Die privaten Sparkassen in Deutschland, die vollzählig in der Rechtsform einer AG betrieben werden und gehalten werden von ihren Trägereinrichtungen, sind alle aus gutem Grunde nicht-börsennotierte Aktiengesellschaften.

Andernfalls – und darin sind wir uns einig mit dem Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes – ist die Sparkassenidee, die sich gerade in der heutigen Zeit der Finanzmarktkrise, wie ja auch vom Sachverständigenrat richtigerweise betont, besonders bewährt, gefährdet.

Und dies wollen wir alle, ob öffentlich-rechtlich oder privat, auf keinen Fall.

Immobilien- und Finanzmärkte in Europa – Zustandsbericht

Im Frühsommer 2007 tauchte ein kleiner Artikel in den deutschen Zeitungen auf. Die New Century Financial, eine Hypothekenbank in den USA, steckte in Zahlungsschwierigkeiten. Dieses Institut vergab Immobilienkredite an Schuldner geringerer Bonität, sogenannte „Subprimes“. Diese Nachricht nahm zunächst kaum jemand zur Kenntnis, doch es war der Anfang der größten Finanzmarktkrise seit der Weltwirtschaftskrise 1929/1930.

monatliche Zinslast überwiesen wurde. Hinzu kam, dass diese Immobilienkredite variabel verzinst wurden, da die kurzfristigen Zinsen niedrig waren und somit die Raten noch einmal gedrückt werden konnten. Steigende Energiepreise und steigende Zinsen ließen dann die Kreditblase im Spätsommer letzten Jahres in den USA platzen.

Globale Märkte = Globale Krisen

Wie aber konnte sich die Krise in den USA so rasant um den Erdball „ausbreiten“? Um sich zu refinanzieren und ihr Kreditrisiko aktiv zu managen, bündel-

Blickpunkt

Finanzierung „Made in USA“

In den USA sowie weltweit befand man sich seit Jahren in einem konjunkturellen Aufschwung. Niedrige Zinsen und steigende Einkommen veranlassten immer mehr Menschen dazu, sich ein Eigenheim zu kaufen. Zudem boomten die Immobilienpreise seit Jahren, so dass Eigenheimbesitzer vielfach ihre bestehende Hausfinanzierung weiter aufstockten, um ihren Konsum auf Pump günstig zu refinanzieren. Banken, mit reichlich Liquidität ausgestattet, die gewinnbringend angelegt werden wollte, kreierten neue Kreditmodelle, bei denen sich der Kunde seine monatliche Rate individuell aussuchen konnte. Dies führte im Extremfall dazu, dass nicht einmal die

ten amerikanische Banken ihre Kredite, ließen sie von Ratingagenturen bewerten und veräußerten die Kredite. Über Zweckgesellschaften, die diese Kredite kauften und die Refinanzierung über sogenannte ABS (Asset Backed Securities) vornahmen, für deren Werthaltigkeit Banken Ausfallbürgschaften übernahmen, gelangten die Kreditrisiken unter den Strich der Bilanzen von Banken und Hedgefonds. Da für diese Avale aber bei weitem keine so hohe Eigenkapitalunterlegung erforderlich war als wenn man die Kredite selbst in die Bilanz übernommen hätte, konnte zunächst mit vorhandenen liquiden Mitteln ein enormes Volumen „gehebelt“ werden, weil von den Zweckgesellschaften erworbenen



ABS Papiere allzu oft das Gütesiegel „Triple A“ trugen. Und so folgten bald erste Meldungen über Schieflagen in Europa. Die Ratingagenturen reagierten prompt und stuften viele dieser Papiere herunter, worauf der Handel mit ihnen vollkommen zusammenbrach und Banken sich gegenseitig misstrauten und keine Gelder mehr untereinander liehen. Nur durch massive Intervention der Notenbanken konnte der Liquiditätsengpass behoben werden. Und auch heute noch präsentieren uns die Großbanken mit jedem Quartalsbericht neuen Abschreibungsbedarf in Milliardenhöhe. Wie lange es noch dauert, bis hier eine Erholung eintritt, kann heute noch niemand vorhersagen.

Status in Europa

Wie bereits geschildert, wurden die Verwerfungen an den Finanzmärkten durch unterschiedliche Faktoren im Immobiliensektor in den USA ausgelöst. Die Sparkassen, deren Geschäftsmodell in der Regel vorsieht, in ihrer Region Privatkunden und den Mittelstand mit Finanzdienstleistungen zu versorgen, waren durch die Finanzmarktkrise nicht direkt betroffen. Allerdings mussten in Deutschland einige Sparkassenregionalverbände als Miteigentümer der SachsenLB, WestLB und BayernLB, die mit großen Volumina über Zweckgesell-



schaften in ABS-Papieren investiert waren, ihre Landesbanken mit enormen Finanzhilfen stützen. Auch der halbstaatlichen IKB-Bank musste in einer Gemeinschaftsaktion aller Einlagensicherungsfonds sowie des Bundes mit einer Risikoabschirmung geholfen werden, um sie vor der Insolvenz zu retten. Da Sparkassen in Deutschland und einigen anderen Staaten Europas anders als Geschäftsbanken normal nicht in der Rechtsform der AG geführt werden und somit nicht in der Lage sind, bei Kapitalbedarf eine Kapitalerhöhung in fast beliebiger Höhe durch Ausgabe neuer Aktien durchzuführen, führen Stützungen wie im Falle der IKB und der Landesbanken zu einer Belastung der Rücklagen. Insofern ist es für die Zukunft wichtig, dass sich Verhältnisse wie am amerikanischen Immobilienmarkt nicht auch in Europa ereignen, wo die Sparkassen als Marktführer auch in der Vergabe von Krediten besonders betroffen wären. In einem kurzen Überblick wollen wir versuchen, den Immobiliensektor einiger ausgewählter Nationen auf ihre Krisenfestigkeit zu überprüfen.

Deutschland

In Deutschland regeln zunächst zahlreiche gesetzliche Bestimmungen die Vergabe von Immobiliendarlehen, um unbedarfte Verbraucher vor der



Überschuldung zu schützen. So muss an Hand einer Einnahmen-Ausgabenberechnung überprüft werden, ob der Kreditnehmer in der Lage ist, die auf ihn zukommende monatliche Belastung zu tragen. Die Angaben, die der Kunde macht, müssen belegbar sein. Die Gefahr, dass wie in den USA Immobilienmakler als Kreditvermittler mit den Kunden die Selbstauskunft ausfüllen und falsche Angaben machen, damit der Kredit bewilligt wird, besteht in Deutschland nicht. Durch die konjunkturelle Belastung, die zu einem deutlichen Rückgang der Arbeitslosenzahl geführt hat, ist derzeit nicht damit zu rechnen, dass große Bevölkerungsgruppen von einem Arbeitsplatzverlust und Einkommensausfällen bedroht sind. Ein weiterer Unterschied zum amerikanischen Immobilienmarkt ist das Finanzierungsmodell. Darlehen, bei denen die Rate so niedrig gewählt ist, dass die Finanzierung 80-100 Jahre dauern würde oder nicht einmal der Zinsanteil durch die Rate gedeckt ist, sind in Deutschland undenkbar. Sowohl bei Darlehen mit di-

rekter Tilgung als auch bei Darlehen mit Tilgungsersatz ist zwingend vorgeschrieben, dass eine Rückführung gewährleistet ist.

Hinzu kommt, dass in Deutschland traditionell Darlehen mit einer Festzinsvereinbarung über in der Regel 10 Jahre vereinbart werden. Dadurch sind Bank und Kunde für diesen Zeitraum vor starken Zinserhöhungen geschützt, die monatliche Rate bleibt stabil. Sollte nach Ablauf der Zinsvereinbarung das Zinsniveau so hoch sein, dass der Kunde die neue Rate nicht mehr tragen könnte, so bliebe immer noch die Möglichkeit, rechtzeitig vorher die Immobilie freihändig zu verkaufen. Die Gefahr, das Haus im Wege einer Zwangsversteigerung unter Wert zu verlieren und trotzdem noch Restsummen an die Bank zurückzahlen zu müssen, wird dadurch deutlich gesenkt.

Auch ist es in Deutschland bei den meisten Instituten üblich, sogenannte Beleihungsgrenzen für eine Immobilie festzulegen. Diese Grenzen liegen in der Regel zwischen 60-80% des Wertes des Objek-



tes. Möchte ein Kunde also eine Immobilie erwerben, muss er normalerweise Eigenmittel in Höhe der Differenz angespart haben. Es gibt zwar inzwischen auch Banken, die bei entsprechendem Monatseinkommen einen höheren Anteil finanzieren, Volumina über den Kaufpreis hinaus sind aber extrem selten. Die Gefahr einer Immobilienblase ist in Deutschland derzeit auch nicht gegeben. Die Immobilienpreise stagnieren bedingt durch Überkapazitäten und Überangebot (entstanden nach der Wiedervereinigung) seit einigen Jahren. Dazu beigetragen haben sicher sowohl die real negative Einkommensentwicklung bei den Arbeitnehmern als auch psychologische Effekte der von der Regierung forcierten Reformen.

Österreich

Auch die Sparkassen in Österreich sind in Summe von der Finanzmarktkrise nur indirekt und im internationalen Vergleich nur marginal betroffen. Die Gründe dafür sind der hohe Grad an Geschäftstätigkeit in Osteuropa sowie der starke Fokus auf das Retail-Banking. Eine Finanzierung bzw. die monatliche Rate muss für den Kunden aus seinem regelmäßigen Einkommen leistbar sein, die Immobilie dient als Sicherheit. Es wird mit dem Kreditnehmer eine detaillierte Analyse seiner finanziellen Verhältnisse vorgenommen, der sogenannte Haushaltsplan (Einnahmen-/Ausgabenrechnung) gemeinsam erstellt. Mit dieser Vorgehensweise leistet die Kreditwirtschaft einen ganz wesentlichen Beitrag zur sogenannten „Verbraucherbildung“. Viele Menschen überlegen sich erstmalig bei einer größeren Anschaffung wie einer Wohnung, wie viel sie tatsächlich monatlich zur Verfügung haben und dem Wohnen auch wid-

men können und wollen. Der Kreditnehmer muss in der Regel 20 bis 30 % an Eigenmitteln einsetzen, das österreichische Wohnbauförderungssystem sieht eine Eigenmittelbeteiligung in dieser Größenordnung vor. Selbstverständlich sind Sicherheiten beizubringen, allen voran hypothekarische Sicherstellung mit Beleihungsgrenzen von in der Regel max. 80 %, teilweise sogar darunter. Auch Feuer- und Ablebensversicherungen sind üblich, ebenso wie Garantien und Bürgschaften sowie Mitschuldnerschaften.

Die Präferenz, ob ein variabler oder ein fester Zins gewählt wird, hängt stark vom jeweiligen Zinsniveau ab; variabel bedeutet in Österreich zu einem großen Teil „indikatorgebunden“ aufgrund von Verbraucherschutzbestimmungen. Festzinssätze gibt es für maximal 10 Jahre. Bausparfinanzierungen machen ca. 23 % des Marktes aus; sie haben ebenfalls Indikatorbindungen, eine Zinssatzobergrenze von 6 % p.a. und refinanzieren sich über das geschlossene Bausparsystem. Darüber hinaus besteht eine gesetzliche Beleihungsgrenze von 80 %. Durch das System der Wohnbaubanken besteht ein weiteres Instrument der Wohnbaufinanzierung durch gezielte Kapitalallokation und einen geschlossenen Finanzierungskreislauf. Die zur Refinanzierung begebenen langfristigen Anleihen sind von Kapitalertragsteuer befreit, wenn sie dem Wohnbau gewidmet werden. Auf diese Weise stehen der Wohnbaufinanzierung günstige Refinanzierungsmittel zur Verfügung, die auch im Zinssatz indikatorgebunden oder fix sind.

Ein wenig differenziert muss der Umstand betrachtet werden, dass in den vergangenen 10-15 Jahren in Österreich Fremdwährungskredite im Ver-

gleich zu anderen Ländern im Euroraum eine große Rolle spielen. Beginnend mit Ende der Neunziger Jahre stieg die Nachfrage im Privatkundengeschäft sprunghaft an, überwiegend wurden Darlehen für Privatimmobilien in CHF und JPY vergeben. Anfangs noch mit einem Anteil von ca. 50% bei den Neuausleihungen verlor der JPY immer mehr an Bedeutung, da nach einem sehr volatilen Kursverlauf die meisten Kunden mit Kursgewinnen aus dem JPY ausstiegen und größtenteils in den CHF konvertierten. Seither valutieren gut 95% der privaten Fremdwährungskredite in CHF. Beginnend 2006 und auch das gesamte Jahr 2007 erfolgten durch den schwachen CHF wieder viele Konvertierungen in den Euro. Der Anteil von Fremdwährungsfinanzierungen lag in der Erste Bank bei Finanzierungen von privaten Immobilien zuletzt bei ca. 30%, Tendenz rückläufig.

In der Vergangenheit konnten Kreditnehmer durch diese Arbitragegeschäfte einiges an Geld sparen, aber es stellt sich die Frage, ob diese Rechnung auch in Zukunft aufgehen wird, da sich die Zinssätze weltweit immer stärker annähern. Fremdwährungsdarlehen werden als Festdarlehen mit einer Tilgung in einer Summe am Ende der Laufzeit vergeben, Zinseinsparungseffekte wie bei Annuitätendarlehen hat der Kreditnehmer nicht. Zudem könnten stark volatile Währungen die Zinseinsparungen schnell aufzehren und die Finanzierung im Endeffekt stark verteuern. Zur Absicherung des Devisenkursrisikos können Stop-Loss-Orders vereinbart und bei Unterschreiten der vereinbarten Kurse die Darlehen in eine andere Währung konvertiert werden. Auch kann das Zinsänderungsrisiko durch den Kauf von Zinscap-Optionsscheinen abgesichert

werden. Viele Kreditnehmer scheuen aber die Kosten für diese Absicherung. Bei der relativ großen Darlehenssumme für ein Eigenheim besteht also ein nicht zu unterschätzendes Risiko.

Der Wohnimmobilienmarkt ist stark durch das österreichische System der Wohnbauförderung geprägt. Die Wohnbauförderung wirkt preisdämpfend und bremsend im Hinblick auf Grundstückspekulationen (z. B. durch Grundstücksbevorratung durch die öffentliche Hand, Zinssatz-, Baukostenobergrenzen und dergleichen). Der österreichische Wohnungsmarkt ist zu einem großen Teil ein Markt für die heimische Bevölkerung. Die Immobilienpreisentwicklung im Wohnungssegment ist kontinuierlich moderat.

Niederlande

Die meisten der holländischen Banken waren aufgrund der von ihnen gewünschten Risikostruktur nur in geringem Maße im Bereich der Asset-Backed-Securities investiert. Für die Großbanken hielt sich dadurch der Abschreibungsbedarf im internationalen Vergleich in Grenzen und konnte bisher in den Erfolgsrechnungen erfolgreich kompensiert werden. Lediglich die NIBC Bank N.V. war in stärkerem Maße in US-Subprimen investiert. Dort erkannte man aber bereits frühzeitig die Gefahren und veräußerte alle Papiere rechtzeitig vor dem Zusammenbruch der Märkte.

Auch in den Niederlanden ist der Kreditnehmer weitgehend vor Überschuldung geschützt. Zwar kennt man in den Niederlanden keine maximalen Beleihungsgrenzen und so sind auch 100%-Finanzierungen durchaus üblich. Allerdings gibt es Richtlinien, die niederländische Banken selbstverpflichtend im sogenannten „Hypotheken-Verhaltenskodex“

festgelegt haben. In diesen Richtlinien wird die maximale Hypothekenhöhe an das Einkommen des Kreditnehmers gekoppelt. Bevorzugte man in den Niederlanden früher oftmals variable Zinsen, so geben auch die holländischen Kreditnehmer bedingt durch relativ günstige Zinsen inzwischen einer längerfristigen Zinsbindung den Vorzug.

Die Wertentwicklung der Immobilien in den letzten zehn Jahren ist durch stetig steigende Preise gekennzeichnet. In einem Bericht des International Monetary Fund (IMF) wurde vor einer Immobilienblase in den Niederlanden gewarnt. Man ist der Auffassung, dass die Preise für Immobilien ca. 30% zu hoch seien. Diese Ansicht wird aber von vielen Kreditinstituten nicht geteilt, da die Nachfrage nach Immobilien immer noch größer ist als das Angebot. Auch die Tatsache, dass die Haushaltseinkommen in den Niederlanden strukturell infolge des zugenommenen Anteils von berufstätigen Frauen seit 1990 stetig gestiegen sind, reduziert die Gefahr für einen Rückgang der Nachfrage nach Immobilien.

Großbritannien

Die durch die Subprime-Krise ausgelöste Vertrauenskrise unter den Banken führte dazu, dass sich die britische Hypothekenbank Northern Rock nicht mehr bei anderen Banken refinanzieren konnte. Kunden der Bank verloren das Vertrauen in die Sicherheit ihrer Einlagen und zogen im September 2007 in wenigen Tagen 4,3 Milliarden Euro aus dem Geldhaus ab. Die Bilder von vor den Bankfilialen Schlange stehenden Kunden weckten Erinnerungen an Bilder, die während der Weltwirtschaftskrise entstanden. Nur eine vorübergehende Verstaatlichung konnte Northern Rock retten.

Nicht nur die Finanzmarktkrise in den USA hat zu Problemen geführt, Großbritannien sitzt auch selbst auf einer riesigen Schuldenbombe. Die britischen Haushalte haben an Darlehen und offenen Kreditkartenabrechnungen mittlerweile knapp 2.000 Mrd. EUR an Verbindlichkeiten angehäuft. Diese Zahl übersteigt das gesamte Bruttoinlandsprodukt von Großbritannien. Dies ist zurückzuführen auf eine ähnliche „kauf-jetzt-zahl-später“-Kultur wie in den USA, der private Konsum wurde in der Vergangenheit häufig über Kredite ermöglicht. Eine weitere Ursache für eine Explosion der Darlehenssummen war der Immobilienmarkt. Im Jahr 2007 betrug der Durchschnittspreis für Immobilien in Großbritannien rund 310.000 EUR mit einer jährlichen Preissteigerung von 12,4%. Ähnlich wie in den USA sind die Kreditinstitute in der Vergangenheit auch auf der Insel bei der Vergabe von Krediten sehr risikofreudig gewesen. Als einzige Richtgröße galt: Je höher das Einkommen war, desto höher waren die Darlehen, die jemand aufnehmen konnte, die Sicherstellung war eher zweitrangig. So warben in den vergangenen Jahren Baufinanzierer zum Teil mit 125% Fremdfinanzierungen, begleitet



durch Werbebotschaften, die dazu anregten, mit dem Immobilienkauf gleich noch einen Sportwagen dazu zu kaufen. Im Zuge der internationalen Finanzkrise hat sich der Wind am britischen Immobilienmarkt gedreht, Massenentlassungen am Finanzplatz London ließen die Nachfrage nach Immobilien versiegen. Man rechnet mit einem Sinken der Preise bei britischen Immobilien in 2008 um 10%. Außerdem wird erwartet, dass durch die gestiegenen Zinsen ein Drittel der britischen Hypothekenschuldner Probleme bekommen werden, für ihre auslaufenden Darlehen Anschlussfinanzierungen zu erhalten. Die Zahl der Immobilienpfändungen durch die Kreditgeber ist im letzten Jahr bereits um ein Drittel gestiegen, ebenso die Zahl der Privatinsolvenzen. Da in Großbritannien Hypothekenfinanzierungen gerne variabel oder mit relativ kurzen Zinsbindungen gewählt werden, müssen sich bereits heute schätzungsweise 2,5 Millionen Menschen über ihre finanzielle Lage Sorgen machen. Sollten deren Häuser verkauft oder gar zwangsversteigert werden müssen, wird das zusätzliche Angebot den Druck auf die Preise noch weiter verstärken und ähnliche Verwerfungen auslösen wie in den USA.

Frankreich

Auch Frankreich blieb von der Finanzmarktkrise nicht verschont. Die beiden Großbanken BNP Paribas sowie Société Generale mussten erhebliche Abschreibungen auf Anlagen vornehmen. Während die BNP Paribas diese im Rahmen ihres Jahresergebnisses verarbeiten konnte, geriet die Société Generale in erhebliche Probleme, da das Institut daneben noch einen Verlust durch unerlaubte Spekulationen eines ihrer Händler in Höhe von 4,9 Mrd. EUR zu verkraften

hatte. Nur mit einer der größten Kapitalerhöhungen (5,5 Mrd. EUR), die es in Europa je gegeben hat, konnte die Bank vorerst wieder stabilisiert werden. Leider traf es auch in Frankreich die Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Zwar war keines dieser Institute direkt involviert, aber über die gemeinsame Investmentbank Natixis gerieten auch die regional tätigen Retailbanken in den Sog. So musste Natixis für 2007 Abschreibungen auf US-Subprimes und Monoliner-Investments in Höhe von 1,2 Mrd. EUR vornehmen. Dieses Geld fehlte damit dem Spitzeninstitut der Sparkassen Caisse Nationale des Caisses d'Epargne, um die neuen Eigenkapitalregeln nach Basel II zu erfüllen und die Sparkassen mussten als Eigentümer 1,5 Mrd. EUR einbringen.

Die Immobilienpreise in Frankreich sind hingegen von einer Spekulationsblase noch nicht betroffen. Zwar stiegen die Preise im Zeitraum von 1996 bis 2005 um 96%, allerdings galten Immobilien in Frankreich lange Zeit als „Schnäppchen“. Da sich die Preissteigerungen in den letzten zwei Jahren abgeschwächt haben, geht man von einer langsamen Beruhigung des Immobilienmarktes aus. Auch eine Überschuldung der französischen Haushalte ist derzeit trotz nachlassender Konjunktur nicht zu befürchten. Der Gesetzgeber in Frankreich schreibt vor, dass sich Kreditnehmer nur mit maximal 30% ihres Haushaltseinkommens für Immobilienkredite verschulden dürfen. Darüber hinaus werden von den Banken Kredite vergeben, die mit einem festen Zinssatz über einen langen Zeitraum (oft komplette Laufzeit) versehen sind. Dadurch haben die Familien Planungssicherheit und so ist in Frankreich trotz steigender Zinsen nicht mit einer Insolvenzwelle zu rechnen.

Spanien

Aus Spanien waren keinerlei Nachrichten zu vernehmen, dass Banken Probleme mit der durch US-Subprimes ausgelösten Finanzmarktkrise hätten. Dafür sind mehrere Gründe verantwortlich. Zum einen verlangte die Bank von Spanien für Investments in ABS und CDS-Papieren eine volle Kapitalunterlegung, wodurch diese Anlageform wenig ertragreich gewesen wäre. Hauptgrund ist aber, dass die spanischen Banken und Sparkassen in den letzten 10 Jahren keinerlei Probleme hatten, liquide Mittel als Ausleihungen an Kunden weiterzugeben. Im Gegenteil, Wachstumsraten bei den Forderungen gegen Kunden von 20-30% in den Bilanzen der spanischen Banken waren eher Normalfall als Seltenheit.

Probleme vom amerikanischen Immobilienmarkt kann man in Spanien auch nicht wirklich gebrauchen, droht doch am heimischen Markt selbst eine enorme Immobilienblase zu platzen. In Spanien war in den letzten zehn Jahren ein regelrechter Immobilienboom zu verzeichnen. So sind allein 2006 850.000 neue Wohnungen entstanden, das sind doppelt so viele wie in Deutschland, Frankreich und Großbritannien zusammen. Inzwischen sind rund 85% der Spanier stolze Eigenheimbesitzer, wobei man sich, ähnlich wie in den USA, für den Traum vom Eigenheim zum Teil stark verschuldet hat. Dies wurde durch sehr niedrige Zinsen ermöglicht, die in der Vergangenheit teilweise unter der Inflationsrate lagen. Da sich die Preise für Wohnimmobilien seit 1996 nahezu verdoppelt haben, wurde der Kauf einer Immobilie deshalb nicht nur als eine mehr als sichere Geldanlage genutzt, sondern vielfach auch mit spekulativem Hintergrund erworben. Durch die hohen Preise

sind aber nun viele Menschen, vor allem jüngere, nicht mehr in der Lage, sich die eigenen vier Wände zu erlauben. Da sich viele spanische Banken auf die Finanzierung von Immobilien spezialisiert haben, versuchen sie, über „lebenslange“ Finanzierungen mit Laufzeiten von 50 Jahren die monatliche Belastung für Kaufwillige zu senken. Dies könnte sich bei steigenden Zinsen als sehr problematisch herausstellen, weil man in Spanien traditionell die variable Verzinsung bevorzugt,

Schon im Berichtsjahr 2007 verzeichneten Wohnungsbauprojekte einen Rückgang von 50%. In diesem Jahr mehren sich die Berichte über Immobilienmakler, die monatelang keine Verkäufe mehr tätigen konnten, über Bauunternehmen oder vom Baugewerbe abhängige Firmen, deren Auftragsbestand auf Null herabgesunken ist und über Käufer, deren Wohnungen nicht fertig gestellt werden konnten, weil die Projektentwickler inzwischen insolvent sind. Die



Anzeichen für das Ende des Immobilienbooms zeichnen sich deutlich ab.

Italien

Das Bankwesen in Italien ist von der internationalen Finanzkrise nur wenig betroffen, da Investment Banking und das Geschäft mit Finanzderivaten in der konservativen Mailänder Bankenwelt eine untergeordnete Rolle spielen. Bei der Liquiditätsversorgung profitieren die italienischen Großbanken von einer starken Einlagenbasis, die den Verkauf langfristiger Anleihen an die eigenen Kunden erleichtert. Italiens Banken haben sich bislang mehr auf das Retailgeschäft konzentriert und das Investmentbanking eher vernachlässigt. Dies kommt den Instituten nun zugute.

Das Verschuldungsniveau italienischer Familien ist mit insgesamt 43% des Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zu anderen Nationen relativ niedrig. Das Verhältnis von Vermögen und Schulden ist in Italien günstiger als in den meisten übrigen Industriestaaten. Allerdings bevorzugen auch in Italien viele Kreditnehmer Darlehen mit variablen Zinsen zur Finanzierung ihrer Immobilie. Infolge der Zinskorrekturen ist deshalb laut italienischer Zentralbank die reguläre Rückzahlung der Kredite bei 1,9 Mio. Darlehensnehmern gefährdet.

Das Preisniveau der Immobilien hat sich im Berichtsjahr stabilisiert nach Jahren stetigen Anstiegs. Allerdings lagen die Preissteigerungsraten insgesamt unter dem anderer Länder wie Spanien oder Großbritannien, so dass man in Italien nicht davon ausgeht, es mit einer gefährlichen Blase zu tun zu haben.

Fazit:

Auch in Europa gibt es Märkte, die Anlass zur Besorgnis geben. Vor allem die Immobilienpreise in Großbritannien und Spanien sind stark überhitzt und könnten in den nächsten Jahren deutliche Kurskorrekturen erfahren. Ob und wie stark dies zu Forderungsausfällen bei den Banken dieser Länder führen wird, hängt neben der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung sicher auch stark von der allgemeinen Preissteigerung ab. Hohe Energiekosten und Lebensmittelpreise haben die Inflation in den vergangenen Monaten auf ein Niveau gehoben, das die EZB zum Handeln zwingt. Es bleibt zu hoffen, dass die europäischen Währungshüter die Zinschraube nicht zu stark anziehen müssen, damit die Korrekturen in einigen Bereichen Europas nicht zu drastisch ausfallen und eine europäische Krise der amerikanischen folgt.



AEK BANK 1826

Der Finanzplatz Schweiz

Schweizer Banken genießen weltweit einen guten Ruf. Dieser basiert in erster Linie auf der politischen und wirtschaftlichen Stabilität der Schweiz und dem berühmten Schweizer Bankgeheimnis. Die Bankbranche ist als Teil der Finanzbranche der wichtigste Wirtschaftssektor der Schweiz und hat einen Anteil an der Wertschöpfung von über 11%. Die in der Schweiz verwalteten Vermögen belaufen sich auf über 5.000 Mrd. Schweizer Franken (3.100 Mrd. EUR), etwa 58% davon gehören ausländischen Kunden.

allein die Raiffeisenbanken und die Kantonalbanken einen höheren Marktanteil haben.

Privatbanken / Privatbankiers

Die Schweizer Börsen-, Effekten-, Vermögensverwaltungsbanken und Privatbankiers haben eine teilweise über 250-jährige Tradition und gelten als die eigentlichen Väter des Schweizer Finanzplatzes. Privatbankiers empfehlen sich nicht öffentlich zur Annahme von Geldern und sind daher gemäss Bankengesetz nicht verpflichtet, Bilanz und Erfolgsrechnung zu veröffentlichen.

Wir stellen vor



Damit liegt die Schweiz mit einem Weltmarktanteil am grenzüberschreitenden Vermögensverwaltungsgeschäft von rund 30% mit Abstand an der Spitze aller internationalen Finanzplätze.

Die Bankengruppen

Der Bankensektor in der Schweiz lässt sich in 6 Institutsgruppen aufteilen:

Großbanken

Die beiden Großbanken UBS und Credit Suisse sind die größten Bankkonzerne der Schweiz und gehören zu den größten der Welt. Sie treten als global tätige Universalbanken auf und sind im inländischen Retail Banking die gewichtigsten Institute, auch wenn regional vor

Sie haften den Anlegern mit ihrem guten Ruf und ihrem gesamten privaten Vermögen. Die beiden mit Abstand größten unter ihnen sind Pictet & Cie sowie Lombard Odier Darier Hentsch & Cie, welche gemessen an den verwalteten Vermögen von ca. 260 Mrd. EUR und ca. 110 Mrd. EUR die dritt- bzw. fünftgrößten Vermögensverwalter der Schweiz sind. Die Privatbanken waren ursprünglich ebenfalls Privatbankiers, die im Laufe der Firmengeschichte in eine Gesellschaft umgewandelt wurden. Hier ist als Beispiel die Bank Julius Bär zu nennen, die mit rund 250 Mrd. EUR verwaltetem Vermögen der viertgrößte Vermögensverwalter und gemessen an der Bilanzsumme die achtgrößte Bank der Schweiz ist.

Raiffeisenbanken

Die ca. 400 Raiffeisenbanken haben sich über eine Spitzenorganisation, die Raiffeisen Schweiz, zusammengeschlossen, in deren Rahmen sie gegenseitig im Insolvenzfall haften. Raiffeisen Schweiz koordiniert die Aktivitäten der Gruppe, schafft Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit der örtlichen Raiffeisenbanken (beispielsweise IT, Infrastruktur, Refinanzierung) und berät und unterstützt sie in vielen Bereichen. Daneben besitzt die Raiffeisen Schweiz eine eigene Banklizenz und fungiert als Zentralbank für die Gruppe. Das Tätigkeitsgebiet der Raiffeisenbanken liegt traditionell im regionalen Retail-Banking und in der Kreditvergabe an regional ansässige kleine und mittlere Unternehmen. Der Verbund Raiffeisen Schweiz ist die drittgrößte Bankengruppe in der Schweiz.

Kantonalbanken

Die Kantonalbanken bilden keine Bankengruppe, sondern sind rechtlich und

wirtschaftlich absolut selbständige und z.T. konkurrierende Banken. Sie werden zum überwiegenden Teil in der Rechtsform der selbständigen Anstalt kantonalen Rechts geführt, einzelne Institute sind mittlerweile in der Rechtsform der AG tätig, wobei die Kantone an diesen Aktiengesellschaften die Mehrheit der Anteile besitzen. Auch ihr Tätigkeitsgebiet liegt traditionell im Retail-Banking und Bankgeschäft für kleine und mittlere Unternehmen innerhalb ihres Kantonsgebietes. Einzelne Kantonalbanken, wie z.B. die Zürcher Kantonalbank oder die Banque Cantonale Vaudoise, sind mittlerweile auch im Bereich Investmentbanking tätig und haben sich somit wichtige zusätzliche Ertragspfeiler geschaffen. Die Zürcher Kantonalbank ist mit rund einem Viertel der Bilanzsumme aller Kantonalbanken (ca. 60 Mrd. EUR) die mit Abstand größte Kantonalbank und das viertgrößte Institut in der Schweiz.



Ausländische Banken

In der Schweiz sind auch etliche ausländische Banken tätig, oft durch Eröffnung einer eigenen Filiale, durch Übernahme einer bereits bestehenden Bank oder durch Gründung einer eigenen Tochtergesellschaft. Die ausländisch beherrschten Banken sind mehrheitlich im Bereich Investmentbanking und Vermögensverwaltung tätig und spielen in diesen Bereichen eine wichtige Rolle im Schweizer Bankenmarkt. Die beiden größten unter ihnen sind die HSBC Private Bank (Suisse) SA und die BNP Paribas (Suisse) SA, die gemessen an der Bilanzsumme mittlerweile die fünft- bzw. sechstgrößte Bank in der Schweiz darstellen.

Regionalbanken und Sparkassen

Ähnlich wie die Raiffeisenbanken haben sich auch viele Regionalbanken und Sparkassen als selbstständige Banken zu einer Gruppe zusammengeschlossen, der RBA-Gruppe. Die 51 angeschlossenen Regionalbanken sind zwar juristisch selbstständig, als Aktionäre der RBA-Holding AG bilden sie wirtschaftlich allerdings eine Gruppe. Das Tätigkeitsgebiet der Regionalbanken liegt traditionell im regionalen Retail-Banking. Neben den in der RBA-Gruppe zusammengeschlossenen Regionalbanken und Sparkassen gibt noch einige unabhängige, unter Ihnen die AEK BANK 1826 mit Hauptsitz in Thun.

AEK BANK 1826 – Geschichte

Um die Mitte der zwanziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts gab es in Thun einen „landökonomischen Verein“, dem einflussreiche Bürger angehörten. Auf Anregung dieses Vereins, der auf einen Mangel an einer soliden Anlage ersparter Gelder aufmerksam machte,



beschloss der Stadtrat von Thun im Juni 1826 die Errichtung einer Ersparniskasse des Amtsbezirkes Thun. Es wurde festgelegt, dass das Amt Thun Einlagen machen, aber an der Verwaltung dieser Ersparniskasse nicht teilnehmen durfte – der Weg für eine unabhängige, gemeinschaftliche Kasse war frei. Im Januar 1889 wurden die Statuten der Ersparniskasse Thun dann grundlegend überarbeitet und das durch die Genossenschaftler eingelegte Kapital zurückbezahlt. Der Name änderte sich in Amtersparniskasse Thun und das Institut wurde fortan als Genossenschaft ohne Kapitalbeteiligte im Handelsregister geführt. Unter diesem Namen firmierte das Institut mit ihrem eigenständigen Geschäftsmodell über ein Jahrhundert lang bis ins Jahr 2006. Zu diesem Zeitpunkt entschied man sich, den Namen der Bank an die heutige, moderne Ausrichtung anzupassen. So wurde aus der (A)mts(e)rsparnis(k)asse die AEK BANK 1826. Trotz der modernen Ausrichtung ist sich die heutige AEK BANK 1826 ihrer geschichtlichen Wurzeln bewusst und hat diese weiterhin in ihren Statuten verankert. So ist das Institut nach wie

vor am Gemeinwohl orientiert und unterstützt verschiedenste Einrichtungen in der Region.

AEK BANK 1826 – Philosophie und Geschäftsfelder

Aus der einstigen Ersparniskasse ist heute eine moderne, regionale Universalbank geworden, die ihren Kunden nahezu das gesamte Spektrum an Finanzdienstleistungen anbietet, vom Zahlungsverkehr über die Geldanlage bis hin zur professionellen Vermögensverwaltung. Obwohl sich die AEK BANK 1826 freiwillig darauf beschränkt hat, ihre Filialen nur in der Region Thun zu unterhalten, zählt das Institut inzwischen Menschen aus ganz Europa zu seinen Kunden.

Dabei steht für die AEK BANK 1826 der Kunde mit seinen Bedürfnissen klar im Vordergrund, was sich z.B. im Bereich der Vermögensberatung und Vermögensverwaltung deutlich zeigt. Am Anfang jeder Geschäftsbeziehung wird der Kunde nach seinen Zielen und Wünschen gefragt und ein Anlegerprofil erstellt. In dieses Anlegerprofil fließen Faktoren wie Risikofähigkeit, Risikobereitschaft und die persönliche Steuersituation mit ein. Erst nach dieser umfangreichen Analyse wird im Bereich der Vermögensberatung eine auf den Kunden maßgeschneiderte Anlagestrategie entwickelt und eine individuelle Allokation ausgearbeitet.

Im Bereich der Vermögensverwaltung wird den Kunden je nach Anlegerprofil eine von drei, nach Risikograd unterschiedlichen, Anlagestrategien empfohlen. Die Ausarbeitung der Anlagestrategien übernimmt bei der AEK BANK 1826 eine hauseigene Researchgruppe, die Fundamentaldaten und Anlageprodukte für ihre Kunden analysiert. Bei den Anla-

geprodukten ist das Research nicht auf bestimmte Anbieter beschränkt und so kann das Institut auf Anlageprodukte von 230 in der Schweiz zum Vertrieb zugelassenen Fonds zurückgreifen.

Für diese Ungebundenheit wurde die AEK BANK 1826 im letzten Jahr dann auch mit einer Auszeichnung von der Berner Fachhochschule für die beste Vermögensberatung 2007 belohnt. Honoriert wurde neben der Individualität der Anlagevorschläge vor allem auch die Berücksichtigung von Konkurrenzprodukten. Ein weiteres Geschäftsfeld, in dem die AEK BANK 1826 sehr erfolgreich tätig ist, ist die Finanzplanung. So bietet das Institut seiner Kundschaft neben der Analyse und Optimierung der aktuellen Vermögenssituation auch Dienstleistungen wie Vorsorgeanalyse, Pensionierungsplanung und Erbschaftsplanung je nach Lebenssituation an.

AEK BANK 1826 – Struktur

Durch ihre Ausrichtung auf Firmenkunden und auf das Segment der vermögenden Kunden hat die AEK BANK 1826 mittlerweile eine Bilanzsumme von 2,4 Mrd. CHF (1,4 Mrd. EUR) erreicht. Dieses Mengengerüst kann das Institut trotz seiner geringen Anzahl von Filialen (11) und Mitarbeitern (122) durch flache Hierarchien und die Kooperation mit externen Dienstleistungspartnern gut bewältigen. So steht im IT-Bereich sowie zur Koordination ein Netzwerk von Banken und Anbietern („eG ESPRIT“ sowie „ESPRIT NETZWERK AG“) zur Verfügung. Dieses Netzwerk greift auf Partner wie Comit AG, Swisscom IT Services, Finnova sowie Sourcag zurück und gemeinsam wird an Prozessoptimierungen gearbeitet. Aus diesem Grund verließ die AEK Bank auch den Regionalbankenverbund RBA, um weiterhin die Kontrolle über

die Prozesse zu behalten und nicht von einer zentralisierten, starren IT abhängig zu sein.

Es werden auch intern die Prozesse ständig auf den Prüfstand gestellt und an Optimierungen gearbeitet. Dass sich diese ständigen Optimierungen auszahlen, verdeutlicht eine Cost-Income-Ratio von zuletzt 38,9%. Ein weiteres Plus, weshalb sich Kunden für eine Geschäftsbeziehung mit der AEK BANK 1826 entscheiden, ist die Tatsache, dass sie nicht um ihre Einlagen fürchten müssen. Kundeneinlagen in der Schweiz besitzen gesetzlich nur ein Konkursprivileg bis zu einer Höhe von 30.000 CHF, so dass die Höhe des Eigenkapitals einer Bank ein wichtiger Pfeiler für das Vertrauen gegenüber dem Institut bildet. Die AEK BANK 1826 weist nach Basel II ein risikogewichtetes Eigenkapital von 24 % der Bilanzsumme aus.

Die Zahlen des Instituts belegen, dass die AEK BANK 1826 für die Zukunft hervorragend aufgestellt ist und zeigen, dass nicht die Größe für die Tragfähigkeit

einer Bank entscheidend ist, sondern das Geschäftsmodell. Mit ihrem Geschäftsmodell ist die AEK BANK 1826 ein Paradebeispiel dafür, dass Gemeinnützigkeit und regionale Verankerung nicht im Widerspruch zu wirtschaftlichem Erfolg stehen. Wichtig ist vielmehr, bedarfsgerecht auf Kundenbedürfnisse einzugehen und im Vertrieb die nötigen Ressourcen für einen intensiven Kontakt zur Kundschaft bereitzustellen, während Backoffice- und Stabstätigkeiten so effizient wie möglich gestaltet werden sollten.

Der Verband der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen bedankt sich ganz herzlich bei dem Vorstand der AEK BANK 1826, den Herren Dr. Remo L. Häcki und Markus Gosteli, sowie beim Aufsichtsratsvorsitzenden, Herrn Dr. Hans-Ulrich Zurflüh, für die Zeit und die interessanten Einblicke, die man uns bei unserem Besuch im April diesen Jahres gewährte. Wir freuen uns darauf, dass die AEK BANK 1826 im September 2009 Gastgeber unserer jährlichen Verbandstagung ist und wir wieder zu Gast sein dürfen.



vlnr: Dr. Tim Nesemann, stellv. Vorstandsvorsitzender Die Sparkasse Bremen AG, Markus Gosteli, stellv. Direktor AEK Bank 1826, Jürgen Oltmann, Präsident, Freier Verband und Vorstandsvorsitzender Die Sparkasse Bremen AG, Dr. Remo L. Häcki, Direktor AEK Bank 1826, Dr. Hans-Ulrich Zurflüh, Präsident des Verwaltungsrates AEK Bank 1826, Dr. Jörg Wildgruber, Mitglied des Vorstandes HASPA Finanzholding

Die Arbeitstagung und Mitgliederversammlung der Freien Sparkassen fand im September 2007 auf Einladung der Sparkasse Oberösterreich in Linz statt. Wie in den Vorjahren konnten wieder zahlreiche Vertreter unserer Mitgliedsinstitute aus vielen europäischen Ländern begrüßt werden.

Nachdem Präsident Jürgen Oltmann und Dr. Markus Limberger, Vorstandsvorsitzender der Allgemeine Sparkasse Oberösterreich AG als Gastgeber die Teilnehmer willkommen geheißen hatten, folgte eine kurze Begrüßungsansprache von Landtagspräsidentin Angela Orthner. Sie

schaft gebracht habe. Auf das Thema Landesbanken wollte Herr Oltmann dabei nicht näher eingehen, denn es sei einhellige Sparkassenmeinung, dass die Landesbanken ihre Hausaufgaben selbst erledigen müssten. Er rief die Politik auf, die Chancen zu nutzen und nicht aus regionalpolitischem Kalkül heraus die vielfältigen Möglichkeiten der Konsolidierung wieder zu zerstören. Auch auf die Verwerfungen, die sich im Zuge der amerikanischen Immobilienkrise und der Subprimeproblematik ergeben haben, ging der Präsident nur kurz ein. Es seien die Banken in Probleme geraten,

Verbandstagung Linz



wünschte den Teilnehmern eine erfolgreiche Tagung und lud die Gäste ein, sich im Anschluss an die Tagung ein Bild von der Region Oberösterreich mit ihrer Landeshauptstadt Linz zu machen.

Danach folgte der Lagebericht des Präsidenten des Verbandes. Zu Beginn ging Herr Oltmann auf die Ertragslage und die Bedeutung der Freien Sparkassen ein und bedauerte, dass zum Ende des Jahres 2007 die Frankfurter Sparkasse als Freie Sparkasse aus dem Verband ausscheiden wird, da mit der Frankfurter Sparkasse eine große Freie Sparkasse in den Helaba-Konzern eingegliedert wurde. Präsident Oltmann schilderte, dass das erste Halbjahr 2007 eine enorme Bewegung in die deutsche Sparkassenland-

die auf schnelle Weise Geld verdienen wollten und über kein vernünftiges Geschäftsmodell verfügten. Da die Sparkassen über ein erfolgreiches Modell verfügen, seien die Sparkassen in diesen Feldern nicht engagiert. Für die Sparkassen komme es angesichts der durch harten Wettbewerb schrumpfenden Zinserlöse, die stärkste Einkommensquelle der Sparkassen, darauf an, die heutigen Schwächen in Stärken für die Zukunft umzuwandeln. Bei weitem nicht ausgeschöpfte Geschäftspotentiale einerseits sowie riesige Bündelungspotentiale andererseits müssen gehoben werden, um dem Kosten- und Ertragsdruck entgegenzutreten. Aus der häufigen Reaktion der vergangenen Jahre muss eine kraftvolle

Aktion und Offensive des Marktführers und der Nr. 1 werden. Positiv sei festzustellen, dass der Druck die Sparkassen enger zusammenrücken lässt. Der Erwerb der Landesbank Berlin habe gezeigt was machbar ist, wenn die Sparkassen geschlossen handeln. Leider würden die öffentlich-rechtlichen Sparkassen immer wieder durch zu starke Einflussnahme der Politik daran gehindert werden, sich ausschließlich auf den harten Wettbewerb im Markt zu konzentrieren. Hier könnten die deutschen Sparkassen viele Erkenntnisse von den anwesenden Sparkassen im europäischen Ausland sammeln, was sie besser machen können und welche Fehler tunlichst vermieden werden sollten.

Im Anschluss an den Lagebericht des Präsidenten folgten Grußworte. Weil Herr Dr.



Schackmann-Fallis, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des DSGVO, aufgrund von Unwettern am Vorabend nicht anreisen konnte, richtete Präsident Oltmann den Teilnehmern einen kurzen Gruß in seinem Namen an die Teilnehmer. Anschließend berichteten Herr Mag. Hoch-



vlnr: Mag. Michael Ikrath, Generalsekretär des österreichischen Sparkassenverbandes, Dr. Karl-Joachim Dreyer, Präsident der Handelskammer Hamburg und ehemaliger Vorstandssprecher Hamburger Sparkasse AG, Dr. Elisabeth Bleyleben-Koren, Generaldirektorin ERSTE BANK AG, Jürgen Oltmann, Präsident Freier Verband und Vorstandsvorsitzender Die Sparkasse Bremen AG, Gastgeber Dr. Markus Limberger, Vorstandsvorsitzender Allgemeine Sparkasse Oberösterreich, KommR Mag. Alois Hochegger, Präsident österreichischer Sparkassenverband und Vorsitzender des Vorstandes Kärntner Sparkasse AG, Rolf A.H. Soedjak, Director International Affairs SNS Reaal Group, Wolfgang Pötschke, 1.stellv. Verbandsvorsteher Freier Verband und Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse zu Lübeck AG



egger, Präsident des Österreichischen Sparkassenverbandes, Herr Soedjak, Director International Affairs bei der SNS Reaal Group in den Niederlanden, Herr Mag. Mittendorfer, Vorstandsdirekter der Ceská sporitelna, a.s. aus Tschechien sowie Herr Jonsson in Vertretung für den schwedischen Sparkassenverband Sparkernas Riksföbund über die aktuelle Entwicklung der Sparkassen in ihren Heimatländern.

Traditionell lädt der Verband Festredner aus den Bereichen Politik, Wissenschaft und Praxis zu seiner Tagung ein. In Linz konnten wir Herrn Professor Dr. Rainer Münz, Leiter Forschung und Entwicklung der Erste Bank AG, als Gastreferenten gewinnen.

Herr Professor Dr. Münz gab den Teilnehmern mit seinem Vortrag „Erfolg in Zentraleuropa“ einen guten Einblick, wie sich die zu Beginn mutige Entscheidung des Spitzeninstitutes der österreichischen Sparkassen, Erste Bank AG, frühzeitig in den osteuropäischen Staaten Kroatien, Rumänien, Serbien, Slowakei, Tschechien, Ungarn und neu in der Ukraine zu investieren, letztendlich zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt und damit mehrfach ausgezahlt hat.

Zum Abschluss der Tagung wurde Herr Dr. Karl-Joachim Dreyer geehrt. Präsident Oltmann würdigte Herrn Dr. Dreyer, 18 Jahre lang Vorstandssprecher der Hamburger Sparkasse AG und Mitglied des Vorstandes des Verbandes Freier Sparkassen, für seine langjährigen Verdienste um den Erhalt der Freien Sparkassen und

verlieh ihm im Namen des Verbandes der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen e.V. die Ehrennadel in Gold.

Neben dem offiziellen Vortragsprogramm bot die Arbeitstagung der Freien Sparkassen wieder eine gute Plattform für den Austausch von wirtschafts- und sparkassenpolitischen Informationen und Meinungen. Der anwesenden Presse wurden die Positionen der Freien Sparkassen in einem Pressegespräch deutlich gemacht. Die öffentliche Berichterstattung half dabei, die Anliegen und Standpunkte nach Außen zu vertreten. Während des Rahmenprogramms, für dessen hervorragende Organisation an dieser Stelle den Kollegen der Sparkasse Oberösterreich noch einmal recht herzlich Danke gesagt wird, konnten sich die Teilnehmer bei herrlichem Wetter zum Abschluss noch selbst ein Bild von der Stadt Linz und der umliegenden Region machen und werden die Veranstaltung sicher in bester Erinnerung behalten.



Präsident Jürgen Oltmann überreicht Dr. Karl-Joachim Dreyer für seine langjährigen großen Verdienste die Verbandsehrennadel in Gold

Breitgefächerter Aufgabenkatalog

Der „Verband der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen e.V.“ – kurz Verband der Freien Sparkassen – hat gemäß seiner Satzung neben der „Förderung des Spargedankens und Sparkassenwesens im Allgemeinen“ vor allem die Aufgabe, die besonderen Interessen seiner Mitglieder zu fördern und zu unterstützen. Diese leiten sich aus der Entstehungsgeschichte und dem rechtlichen Status der Freien Sparkassen ab.

Sparkasse mit einer öffentlich-rechtlichen Sparkasse hervorging.

Die Gruppe der im Verband der Freien Sparkassen zusammengeschlossenen Institute repräsentiert ca. 6,5 % des addierten Bilanzvolumens aller Sparkassen in Deutschland.

Auf Grund ihres privaten Status gelten für die Freien Sparkassen bestimmte, in den Sparkassengesetzen der Bundesländer enthaltene geschäftspolitische Restriktionen, etwa das Regionalprinzip, grundsätzlich nicht. Gleichwohl haben sich einige der Freien Sparkassen freiwillig gewissen Regelungen unter-

Verbandsaufgaben

Besonderheiten der Freien Sparkassen

Die ersten deutschen Sparkassen wurden Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts als Freie Sparkassen von sozial engagierten Privatpersonen gegründet. Später folgten zahlreiche Städte und Kreise mit eigenen Sparkassengründungen, so dass in Deutschland heute zwei eigenständige Sparkassenformen existieren. Am 31.12.2007 gab es in der Bundesrepublik Deutschland sechs freie Sparkassen, die vom gemeinnützigen Engagement getragen werden. Auch ein öffentlich-rechtliches Institut, die Sparkasse Westholstein, gehört zum Verband der Freien Sparkassen, da diese aus der Fusion einer freien

worfen und Vereinbarungen mit den zuständigen Sparkassen- und Giroverbänden getroffen.

Trotz dieser Unterschiede sind die Freien Sparkassen Teil der deutschen Sparkassenorganisation und Mitglied des DSGV, da sie – wenn auch auf anderer organisatorischer Basis und durch autonome Satzungs-gestaltung – die gleichen gemeinnützigen Ziele verfolgen. Außerdem sind sie wie die Kommunalsparkassen „öffentliche“, d.h. „der Öffentlichkeit dienende“ mündelsichere Sparkassen. Dabei ist unter Gemeinwohlorientierung bei allen Sparkassen gleichermaßen die breite Förderung der Lebensqualität der Menschen in ihrem Geschäftsgebiet zu verstehen.



Europäische Kooperation

Zu den traditionellen Verbandsaufgaben gehört die Förderung der grenzüberschreitenden Kooperation der Freien Sparkassen Europas. Inzwischen sind 35 freie Sparkassen aus zehn europäischen Ländern und der schwedische Verband Sparbankernas Riksförbund außerordentliche Mitglieder des Verbandes der Freien Sparkassen. Die Gruppe der außerordentlichen Mitglieder setzt sich aus Sparkassen von ganz unterschiedlicher Größenordnung zusammen. Damit bietet der Verband den Mitgliedsinstituten eine breite Plattform für die Diskussion und den Austausch übergreifender Geschäftsinteressen und Anliegen, die gerade im Hinblick auf den gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum an Relevanz gewinnen.

Da die europäischen Freien Sparkassen eine große Vielfalt in Bezug auf ihre rechtlich-organisatorische Struktur sowie auf ihre geschäftspolitische Ausrichtung aufweisen, sind sie für die Geschäftstätigkeit der deutschen Mitgliedssparkassen von großem Interesse. Ferner ist der Zusammenschluss der Freien Sparkassen auch ein Forum, das die Anknüpfung und Intensivierung von grenzüberschreitenden Geschäftsbeziehungen erleichtern soll. Daher sieht der Verband in der Verbreiterung der Mitgliederbasis in Europa eine wichtige Aufgabe, um den Freien Sparkassen im „Binnenmarkt“ Europa ein noch stärkeres Gewicht zu verleihen.

Intensive Öffentlichkeitsarbeit

Der Verband der Freien Sparkassen setzt sich speziell dann für die Interessen seiner Mitgliedsinstitute ein, wenn wegen der privaten Rechtsform andere Beurteilungen und Lösungen als bei öffentlich-rechtlichen Sparkassen erforderlich

sind. Auf Grund des intensiven Meinungs- und Informationsaustausches mit den Mitgliedssparkassen im europäischen Ausland kann der Verband zudem auf vielfältige Erfahrungen der privaten Mitgliedsinstitute zurückgreifen. Er vertritt die Verbandsmeinung sowohl innerhalb des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes als auch unmittelbar gegenüber staatlichen Stellen und in der Öffentlichkeit.

Veränderungen in der Mitgliederstruktur

Zum Ende des Berichtsjahres schied die Frankfurter Sparkasse aus dem Verband der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen e.V. als ordentliches Mitglied aus. Nachdem die Frankfurter Sparkasse AG in die Hessische Landesbank integriert und ein Rechtsformwechsel in eine Anstalt öffentlichen Rechts vorgenommen wurde, waren die Voraussetzungen für einen Verbleib im Kreise der Freien Sparkassen nicht mehr gegeben. Im September 2007 wurde die Sparkasse Bank Malta plc. von der Mitgliederversammlung des Verbandes einstimmig in den Kreis der außerordentlichen Mitglieder aufgenommen. Mit der Sparkasse Bank Malta plc., einer 100%-Tochter der Sparkasse Schwaz AG, gewinnt der Verband ein neues Mitglied in seinem europäischen Netzwerk, das nach angelsächsischem Recht aufgestellt ist. Wir hoffen auf viele interessante Kontakte zwischen der Sparkasse Bank Malta plc. und unseren übrigen Mitgliedern.

Starkes Wachstum in 2007

Bedingt durch einen anhaltenden Aufschwung der Weltwirtschaft ist die deutsche Wirtschaft 2007 kräftig gewachsen; das Bruttoinlandsprodukt konnte wie im Vorjahr um 2,5% zulegen. Die deutsche Wirtschaft setzte damit ihr Wachstumstempo fort und expandierte erneut schneller als das Produktionspotenzial. Ausschlaggebend hierfür waren auch in 2007 der Export und die Ausrüstungsinvestitionen, die real um 8,3% bzw. 8,4% zulegten. Man profitierte dabei im Exportgeschäft besonders von der starken Nachfrage aus den schnell wachsenden

ter waren aus steuerlichen Gründen noch im Jahr 2006 angeschafft bzw. Bauvorhaben vorverlagert worden und fehlten deshalb in den Auftragsbüchern des Jahres 2007. Gerade im Bausektor verstärkte der milde Winter 2006/2007 diesen Effekt noch.

Inflation kehrt zurück

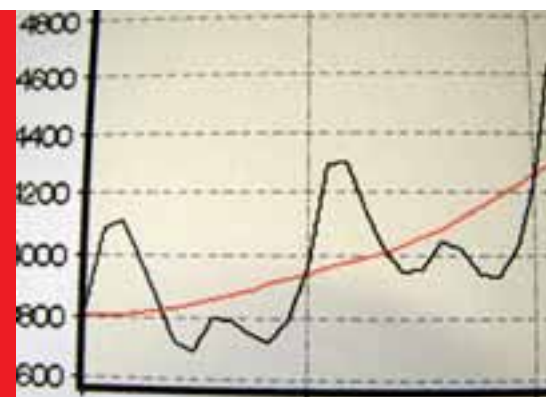
Im Jahresdurchschnitt stiegen die Verbraucherpreise um 2,2%. Anhand dieser Zahl wird die entstandene Problematik der rasanten Preisentwicklung nicht in vollem Ausmaß deutlich, da sich die Geschwindigkeit der Preissteigerungen im

Verbandsentwicklung

Schwellenländern China und Indien, aber auch aus den Öl exportierenden Ländern war die Nachfrage angesichts hoher Einnahmen aus dem Ölgeschäft besonders hoch. Bedingt durch geringe Lohn- und Preissteigerungen in den letzten Jahren und das auf Investitionsgüter ausgerichtete Sortiment hat sich die Wettbewerbssituation der deutschen Exportindustrie stark verbessert und man ist gut auf den Weltmärkten positioniert.

Der deutsche Bausektor konnte im vergangenen Jahr nur wenig zum Wachstum beitragen. Der private Wohnungsbau litt ebenso wie der private Konsum unter der kräftigen Mehrwertsteuererhöhung zum 1.1.2007. Viele Konsumgüter

Herbst 2007 noch einmal verschärfte. Im November lagen die Verbraucherpreise zum ersten Mal um 3,1% über dem Vorjahresniveau. Auslöser für diese inflationären Tendenzen waren vor allem die Energiepreise. Der Rohölpreis hatte sich binnen eines Jahres nahezu verdoppelt, er erreichte zum Jahreswechsel die Marke von 100 US-Dollar pro Barrel. Zusätzlich zogen aber im Verlauf des Jahres auch Nahrungsmittelpreise stark an. Die Meinungen, ob es sich nur um ein saisonales Phänomen, einen spekulationsgetriebenen Preisanstieg oder einen langfristigen Trend handelt, gehen auseinander. Letzteres wäre die plausibelste Erklärung, werden doch heute immer mehr Agrarprodukte



energetisch verwertet, wodurch eine engere Kopplung der Preisentwicklungen von Energieträgern und Lebensmitteln entstanden ist. Weiterhin konsumiert die Bevölkerung in Schwellenländern in zunehmendem Maße hochwertigere, tierische Produkte, die ein Vielfaches an pflanzlichen agrarischen Vorprodukten benötigen.

Diese wachsenden Preisgefahren hat die Geldpolitik im vergangenen Jahr bekämpft. Die Europäische Zentralbank (EZB) nutzte die gute Konjunktur im Euroraum, ihre niedrigen Leitzinsen zu normalisieren. Im ersten Halbjahr 2007 setzte sie ihren Ende 2005 begonnenen Erhöhungszyklus fort und nahm 2 Erhöhungsschritte von jeweils $\frac{1}{4}$ -Prozentpunkt vor. Außerdem wurde der Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte bis zum Sommer 2007 auf ein Niveau von 4% gelenkt. Mit Blick auf die wachsenden Inflationsgefahren wollte die EZB die Erhöhungsschritte im Herbst und Winter eigentlich fortsetzen, eine Erhöhung im September war schon so gut wie angekündigt. Wegen der inzwischen offen ausgebrochenen Subprime-Krise wurden weitere Schritte aber unterlassen.

Beschäftigung nimmt zu

Der schon 2006 begonnene Anstieg von Beschäftigung fiel im vergangenen Jahr noch einmal deutlich höher aus. Im Jahresdurchschnitt stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 1,7% oder fast 650.000. Damit waren erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik durchschnittlich mehr als 40 Millionen Personen in Deutschland erwerbstätig. Besonders positiv ist die Tatsache, dass vor allem hochwertige sozialversicherungspflichtige Stellen entstanden. Allein hier betrug der Zuwachs 500.000.

Zusätzlich hatten Selbständigkeit und Minijobs ihren positiven Anteil an der Entwicklung. Die Arbeitslosenquote sank im Zuge dieser höchst erfreulichen Entwicklung von 10,8% im Vorjahr auf 9,0% in 2007. Damit wurden erstmals seit 30 Jahren in einem Aufschwung mehr Arbeitsplätze geschaffen, als zuvor im Abschwung verloren gingen. Dies ist vor allem der verbesserten Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen und der Lohnzurückhaltung der letzten Jahre zu verdanken. Aber auch die arbeitsmarktpolitischen Reformen der letzten Jahre und der damit verbundene erhöhte Anreiz zur Arbeitsaufnahme haben ihren Teil zu dieser Entwicklung beigetragen.

Staatshaushalt fast ausgeglichen

Auch der Fiskus profitierte im abgelaufenen Jahr vom Aufschwung und der Zunahme an Beschäftigung. Die Steuereinnahmen stiegen und die Sozialtransfers sanken konjunkturbedingt. Zusätzlich konnten durch die Mehrwertsteuererhöhung weitere Einnahmen verbucht werden. Insgesamt hat der Staatshaushalt, einschließlich der Sozialversicherungen, über alle Ebenen der Gebietskörperschaften hinweg im Jahr 2007 mit einem Finanzierungssaldo von +0,0% des Bruttoinlandsproduktes und somit mit einer „schwarzen Null“ abgeschlossen. Der Bund allein hat dieses Ziel noch nicht erreicht. Besonders erfreulich ist aber, dass sich die Gemeindefinanzen – wenn auch mit großen regionalen Unterschieden – zumindest im Durchschnitt so weit erholt haben, dass wieder stärker investiert werden kann. Denn bei den Gemeinden häuft sich das Gros der staatlichen Investitionstätigkeit. In den Vorjahren hatten die Abschreibungen die staatlichen Investi-

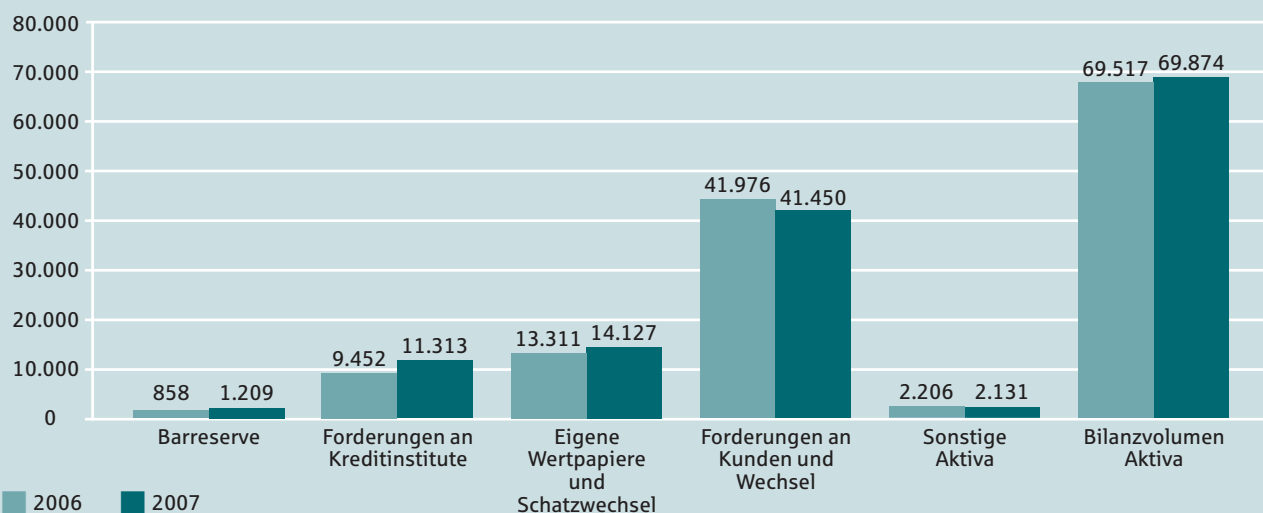
tionen sogar übertroffen, der Staatssektor hatte also insgesamt eine Desinvestition betrieben. Dieser Investitionsstau bei der Infrastruktur wird nun allmählich aufgelöst.

Bilanzsummen wachsen weiter

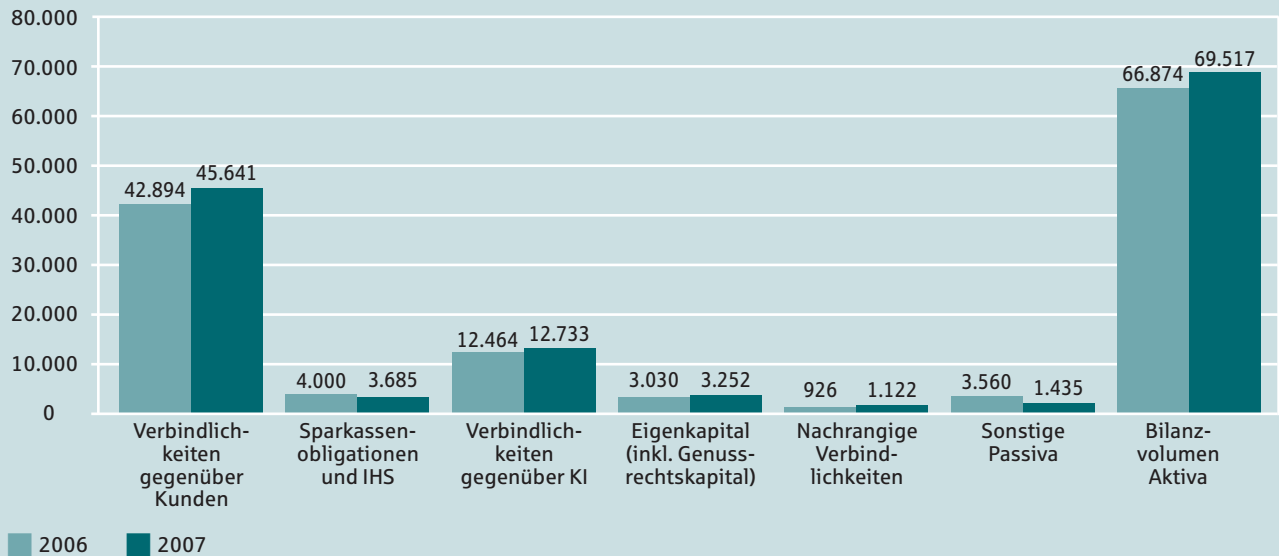
Die kumulierte Bilanzsumme der Freien Sparkassen in Deutschland ist gegenüber dem Vorjahr um 2,6 Mrd. EUR oder 3,95% auf 69,5 Mrd. EUR gestiegen. Auf der Aktivseite wurden – bedingt durch schwierigere Refinanzierungsmöglichkeiten im Zuge der Finanzmarktkrise – die Barreserven (Kassenbestand und Guthaben bei der Zentralnotenbank) bei den Freien Sparkassen um über 281,1 Mio. EUR (+55,1% im Vergleich zum Vorjahr) drastisch erhöht. Erstmals seit Jahren überstiegen die Neuausleihungen bei privaten Kunden im Wohnungsbau wieder die Rückflüsse um 174 Mio. EUR. Insgesamt nahmen die Forderungen an Kunden jedoch um 517 Mio. EUR auf 41,4 Mrd. EUR ab, was einem Rückgang von 1,2% entspricht. Weiterhin stark erhöht zeigten sich die Forderungen an

Kreditinstitute. Sie nahmen im Berichtsjahr um 1,8 Mrd. EUR auf nunmehr 11,3 Mrd. EUR zu, eine Steigerung um 19,7% gegenüber 2006. Die Freien Sparkassen standen somit in der Finanzmarktkrise als Liquiditätsgeber zur Verfügung. Die Erhöhung der Passivseite der Bilanz der Mitgliedsinstitute resultierte aus einer deutlichen Zunahme der Kundeneinlagen. Diese konnten um 6,41% auf 45,6 Mrd. EUR gesteigert werden, ein Zuwachs um 2,7 Mrd. EUR im Vergleich zum Vorjahr. Auch die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stiegen leicht um 2,16% auf 12,7 Mrd. EUR an. Dafür konnten die Verbandsmitglieder die teuren, zum haftenden Eigenkapital zählenden Refinanzierungsarten Genussrechte und nachrangige Verbindlichkeiten weiter stark reduzieren. Genussrechte nahmen um 34,5 Mio. EUR (13,58%) ab, die nachrangigen Verbindlichkeiten konnten sogar um 256 Mio. EUR (21,65%) abgebaut werden. Die aus verdienten Geldern gespeiste Eigenkapitaldecke konnte dagegen um weitere 321 Mio. EUR gestärkt werden, ein Plus von 11,8% im Vergleich zum Vorjahr.

Bilanzvolumen Aktiva (in Mio. EUR)



Bilanzvolumen Passiva (in Mio. EUR)



Einlagenentwicklung erfreulich

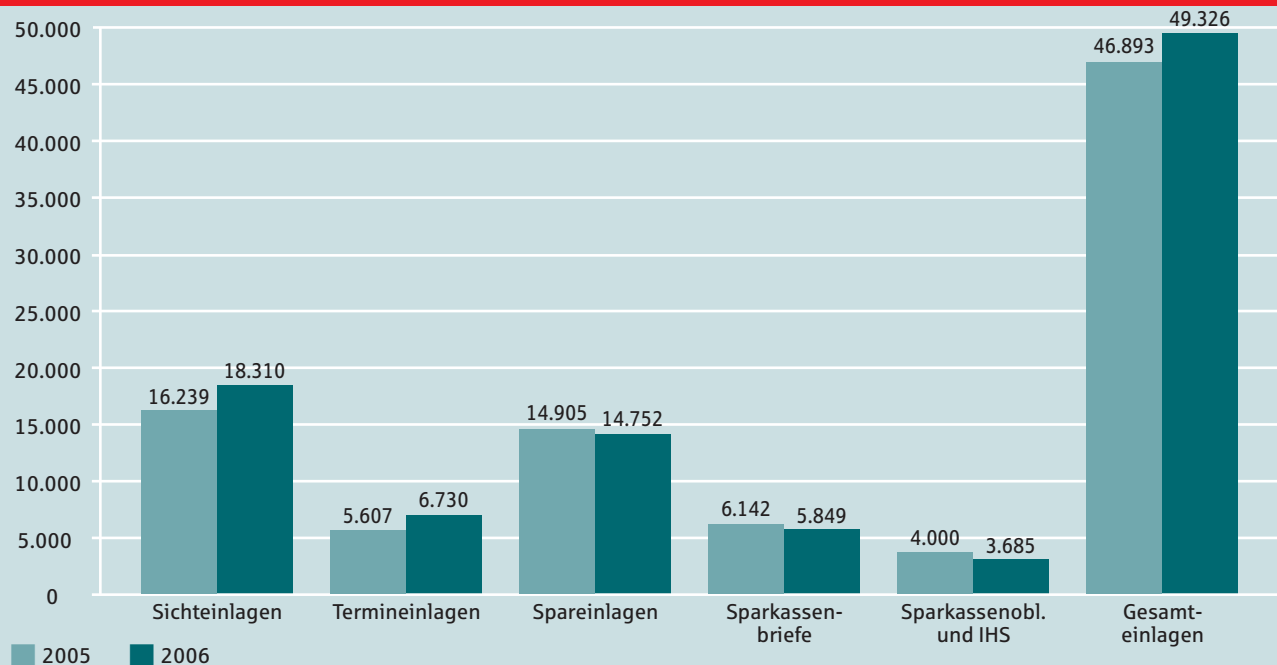
Das Gesamtvolumen der von Kunden hereingenommenen Gelder einschließlich Inhaberschuldverschreibungen und Sparkassenobligationen stieg um 2,4 Mrd. EUR auf nunmehr 49,3 Mrd. EUR, ein Plus von 5,1% im Vergleich zu 2006. Bedingt durch geringe Zinsunterschiede in den Laufzeiten und durch eine im Zuge der Finanzmarktkrise inverse Zinsstruktur im 3- bis 12-Monatsbereich wurden die Gelder weiterhin favorisiert kurzfristig angelegt. So erhöhten sich die Sichteinlagen mit etwas mehr als 2 Mrd. EUR (+12,8%) wieder überdurchschnittlich. Aber auch die Termineinlagen stiegen um 20% auf 6,7 Mrd. EUR, ein Zuwachs von über 1,1 Mrd. EUR. Gegen den Trend entwickelte sich der Bereich der Spareinlagen. Hier mussten die Mitgliedsinstitute eine Abnahme der Bestände um 1% feststellen, mit 14,8 Mrd. EUR Volumen bleiben sie aber nach wie vor wichtigste Ertragsquelle. Unerfreulich entwickelte sich der Bestand an eigenemittierten festverzins-

lichen Wertpapieren. Der Bestand an ausgegebenen Sparkassenbriefen nahm um 293 Mio. EUR (-4,8%) ab, bei börsennotierten Sparkassenobligationen und Inhaberschuldverschreibungen gab es mit einer Abnahme von 315 Mio. EUR (-7,9%) ein ähnliches Bild.

Private Ersparnisbildung weiterhin zunehmend

Auch im vergangenen Jahr legte die private Ersparnisbildung bei den Freien Sparkassen deutlich zu. Neben den bilanzwirksamen Spareinlagen, die um fast 2,7 Mrd. EUR zunahmen, wuchs nach einem schwächeren Vorjahr auch der Wertpapierbereich insgesamt wieder deutlich. Die Umsätze übertrafen das Rekordjahr 2006 noch einmal um fast 40%, das Volumen stieg von 13,2 Mrd. EUR in 2006 auf einen neuen Spitzenwert von 18,2 Mrd. EUR in 2007. Die Depot-B-Bestände der Freien Sparkassen wurden durch die Kunden um weitere 694 Mio. EUR aufgestockt.

Gesamteinlagen (in Mio. EUR)



Kreditvergabe an Privathaushalte weiter rückläufig

Auch im Berichtsjahr ist das Gesamtvolumen der von den Instituten vergebenen Kreditmittel an Privatkunden weiter gesunken. Es lag mit 18,1 Mrd. EUR Ende 2007 um 412 Mio. EUR niedriger als im Vorjahr, was einem Rückgang von 2,2% entspricht. Entgegen dem Trend entwickelten sich die Ausleihungen im privaten Immobilienbereich, die um 174 Mio. EUR (+1,4%) zunahm, auf nunmehr 12,7 Mrd. EUR.

Im Konsumentenkreditgeschäft fiel der Rückgang moderat aus. Um diesen Markt herrscht ein harter Wettbewerb und wird durch Autobanken, Direktbanken und Töchter von ausländischen Großbanken größtenteils mit quersubventionierten Konditionen geführt. Vor allem Autobanken und Kaufhausketten stachen im letzten Jahr teilweise mit 0%-Finanzierungsangeboten hervor, um den nach wie vor schwachen Kon-

sum in Deutschland anzukurbeln und Marktanteile zu gewinnen. Trotzdem nahm das Volumen bei den Mitgliedsinstituten nur um 32 Mio. EUR auf 3,11 Mrd. EUR ab, ein Rückgang von 1,4%. Drastische Einbrüche verzeichneten allerdings die Nichtratenkredite, allen voran die Dispositionskredite. Das Volumen verringerte sich hier im letzten Jahr um 585 Mio. EUR auf 1,9 Mrd. EUR, was einem Rückgang von knapp 24% entspricht. Gründe hierfür könnten zum einen die günstigen Konsumentenkredite sein, mit denen viele Kunden ihre

Private Ersparnisbildung (in Mio. EUR)	2006	2007
Spareinlagen	48,9	- 153,2
Eigenemissionen ¹⁾	- 46,4	- 346,4
Tagesgelder (verzinslich)	1.716,3	2.070,9
Termineinlagen	455,2	1.123,4
Wertpapiere	359,2	694,0
bilanzwirksame Ersparnisse	2.174,0	2.694,7
Gesamtersparnis	2.533,2	3.388,7
¹⁾ inkl. „mit Nachrang“		

Dispositionskredite ablösen. Allerdings ist auch zu vermuten, dass ein gewisser Teil dieser Kredite durch Privatinsolvenzen verloren ging. Die Zahl der Privatinsolvenzen erreichte im vergangenen Jahr einen weiteren traurigen Höhepunkt, per Ende 2007 gab es mit 130.000 über 40% mehr Insolvenzen als im Vorjahr.

Basel II beeinflusst Kreditaufnahme im Firmenkundengeschäft

Zum zweiten Mal in Folge mussten die Mitgliedsinstitute einen Rückgang bei den Firmenkrediten hinnehmen. Sie sanken im Berichtsjahr um 38 Mio. EUR auf 21,9 Mrd. EUR.

Betriebsmittelkredite nahmen um 200 Mio. EUR auf 4,4 Mrd. EUR zu und auch für Gewerbeimmobilien konnten an den Mittelstand um 365 Mio. EUR höhere Finanzierungsmittel ausgelegt werden, was das Volumen hier auf 6,9 Mrd. EUR erhöhte.

Weiter rückläufig waren im Jahr 2007 die Investitionskredite. Sie nahmen um 5,4% oder 594 Mio. EUR auf 10,5 Mrd. EUR ab. Dies lässt die Vermutung zu, dass Firmen im Zuge von Basel II den Anteil der Fremdfinanzierung an der Unternehmung weiter zurückführen und Investitionen zunehmend über Eigenmittel oder mezzanine Produkte erfolgen.

Hoher Margendruck und steigende Bürokratiekosten

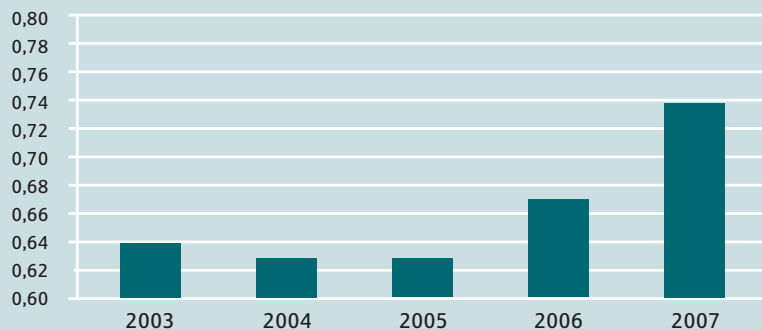
Auch im Jahr 2007 hielt der harte Wettbewerb um Kundengelder an, was zu einem weiteren Absinken der Zinsmargen führte. Die kumulierten Zinsüberschüsse gingen stark zurück, mit einem Minus von 15,5% wurden mit 1,1 Mrd. EUR 202,2 Mio. EUR weniger Überschüsse erzielt als noch im Jahr 2006.

Erfreulicherweise wurden die Provisions-einnahmen um weitere 25 Mio. EUR (+5,5%) auf 482 Mio. EUR gesteigert, konnten die Einbrüche aus dem Zinsgeschäft aber nicht auffangen.

Auf der Aufwandsseite half der langlaufende Tarifabschluss aus 2006 dabei, die Personalkosten um 23,6 Mio. EUR (-3,6%) zu senken. Dagegen stieg der Verwaltungsaufwand erneut und lag mit einer Steigerung von 6,5% oder 34,8 Mio. EUR deutlich höher als noch im Vorjahr. Gründe hierfür sind zum einen Investitionen in Filialnetz und IT, die den Umbau der Mitgliedsinstitute zu Vertriebssparkassen abschließen sollen, als auch die immer neuen gesetzlichen Anforderungen, die aus Brüssel kommen und dem Schutz der Kunden dienen sollen. Die Kosten, diese Anforderungen zeitnah umzusetzen, sind in den letzten Jahren stark angestiegen. Gesunkene Erlöse bei gestiegenen Kosten bewirkten dann auch ein Abschmelzen des Betriebsergebnisses vor Bewertung um 182,3 Mio. EUR auf 435,7 Mio. EUR, ein prozentualer Rückgang um 29,5%.

Die Bewertungsergebnisse des vergangenen Jahres sind unterschiedlich zu beurteilen. Bedingt durch die im Spätsommer 2007 beginnende Finanzmarktkrise wurden sämtliche Wertpapiermärkte in einen Abwärtssog gerissen. Obwohl die Freien Sparkassen nicht direkt in strukturierten Finanzprodukten investiert waren, mussten die Depot-A-Bestände der Mitgliedsinstitute zum Jahresende mit einem negativen Ergebnis in Höhe von 20 Mio. EUR bewertet werden. Weiterhin positiv ist die Tendenz bei der Vorsorge für notleidende Kredite. Die neuen Methoden zur Risiko-früherkennung zeigen weiter Wirkung und so mussten im Vergleich zu 2006 nur noch 125,7 Mio. EUR aufgewendet

Kumulierte Cost-Income-Ratio (CIR) der Freien Sparkassen



werden, was einem Rückgang von 24,4% oder absolut 40,5 Mio. EUR entspricht. Damit hat sich der Vorsorgeaufwand innerhalb eines Zeitraumes von 3 Jahren um drei Viertel verringert. Zusammen mit einer Zuführung von 45,3 Mio. EUR (Vorjahr 97 Mio. EUR) in die Vorsorgereserven ergab sich im Berichtsjahr ein zusammengefasstes Bewertungsergebnis in Höhe von 188,8 Mio. EUR und lag damit um 23,2% unter dem Vorjahreswert.

Trotz des guten Bewertungsergebnisses sank das aggregierte Jahresergebnis der Freien Sparkassen um 20,9% auf 176,4 Mio. EUR, entsprechend 46,7 Mio. EUR weniger als im Vorjahr. Die Cost-Income-Ratio (CIR) verschlechterte sich auf 73,9% (Vorjahr 66,1%), die Eigenkapitalrentabilität der Mitgliedsinstitute reduzierte sich von 10,6% im Vorjahr auf 7,9% in 2007.

Verlässlicher Partner für die Region

Trotz des harten Wettbewerbs, in dem sich die Mitgliedsinstitute befinden, folgen die Sparkassen ihrer über 200-jährigen Tradition und bleiben sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst. Zwar müssen auch die Freien Sparkassen wie

jedes andere Wirtschaftsunternehmen Gewinne erzielen, die Mitgliedsinstitute werden sich aber auch weiterhin für zahlreiche soziale, gesellschaftliche und kulturelle Einrichtungen in ihrer Region engagieren. So lag das Spendenvolumen der Sparkassen mit fast 1,5 Mio. EUR unverändert auf Vorjahresniveau. Auch das Filialnetz blieb in 2007 nahezu unverändert. Damit ist gewährleistet, dass weiterhin alle Bevölkerungsschichten in der jeweiligen Region mit Finanzdienstleistungen versorgt werden können.

NRS Norddeutsche Retail-Service AG – Eine Idee setzt sich durch

Um die Freien Sparkassen für die Zukunft in eine Vertriebssparkasse umzubauen, musste eine Lösung dafür gefunden werden, wer und wo die anfallenden Verwaltungsarbeiten zukünftig übernehmen sollte. Zu diesem Zweck gründeten die Hamburger Sparkasse AG, Sparkasse Bremen AG sowie der Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein im Jahre 2005 die NRS AG. Unter dem Dach dieser Gesellschaft wurden in 2006 Stabs- und Backoffice-Funktionen für die Gründungssparkassen Hamburg und Bremen an den Standorten Hamburg und Bremen gebündelt. Damit er-

hofft man sich neben einem deutlich gesteigerten Qualitäts- und Produktniveau auch eine Kompetenzbündelung. Im Berichtsjahr konnte im Juni ein drit-

ter Standort in Neumünster eröffnet werden. Inzwischen hat das Geschäftsvolumen der angeschlossenen Sparkassen 60 Mrd. € überschritten.

Zusammengefasste Bilanz der ordentlichen Mitgliedsparkassen

Aktiva Verband	Bestand 31.12.2007 TEUR	Bestand 31.12.2006 TEUR	Veränderung in TEUR	Veränderung in Prozent
Kassenbestand	418.293	347.974	70.319	20,21
Guthaben bei Zentralnotenbanken	791.391	510.190	281.201	55,12
Wechselbestand	45.288	53.529	– 8.241	– 15,40
Forderungen an Kreditinstitute	11.312.956	9.452.048	1.860.908	19,69
darunter: bis 1 Jahr einschließlich	8.108.227	8.217.148	– 108.921	– 1,33
darunter: von über 1 Jahr bis 5 Jahre einschließlich	2.656.559	698.846	1.957.713	280,14
darunter: von über 5 Jahren	548.170	536.054	12.116	2,26
Forderungen an Kunden	41.405.035	41.922.398	– 517.363	– 1,23
darunter: bis 1 Jahr einschließlich	3.830.761	3.766.055	64.706	1,72
darunter: von über 1 Jahr bis 5 Jahre einschließlich	2.633.707	2.787.269	– 153.562	– 5,51
darunter: von über 5 Jahren	34.940.567	35.369.074	– 428.507	– 1,21
Schuldverschreibungen und andere Festverz. WP	8.509.849	7.636.078	873.771	11,44
Aktien und andere nicht festverz. WP	5.617.343	5.675.210	– 57.867	– 1,02
Beteiligungen und Anteile an verb. Unternehmen	773.618	582.425	191.193	32,83
Treuhandvermögen	41.449	46.399	– 4.950	– 10,67
Sachanlagen	316,542	340.852	– 24.310	– 7,13
Sonstige Aktiva	285.279	306.726	– 21.447	– 6,99
Bilanzsumme Aktiva	69.517.043	66.873.829	2.643.214	3,95

Zusammengefasste Bilanz der ordentlichen Mitgliedsparkassen

Passiva Verband	Bestand 31.12.2007 TEUR	Bestand 31.12.2006 TEUR	Veränderung in TEUR	Veränderung in Prozent
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	12.732.826	12.463.618	269.208.	2,16
darunter : Sparkassenbriefe	2.234.932	2.514.332	- 279.400	- 11,11
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	45.641.462	42.893.345	2.748.117	6,41
darunter : Sparkassenbriefe	5.849.287	6.142.390	- 293.103	- 4,77
darunter : Spareinlagen	14.752.060	14.905.238	- 153.178	- 1,03
darunter : täglich fällige Gelder	18.309.658	16.238.723	2.070.935	12,75
darunter : befristete Einlagen	6.730.457	5.606.994	1.123.463	20,04
Inhaberschuldverschreibungen und Sparkassenobl.	3.684.583	4.000.319	- 315.736	- 7,89
Treuhandverbindlichkeiten	41.449	50.371	- 8.922	- 17,71
Wertberichtigungen	122.393	85.400	36.993	43,32
Rückstellungen	984.936	1.027.071	- 42.135	- 4,10
Nachr. Verbindlichkeiten	925.939	1.189.823	- 255.884	- 21,65
Genussrechtskapital	219.185	253.639	- 34.454	- 13,58
Eigenkapital	3.033.214	2.712.243	320.971	11,83
Sonstige Passiva	2.131.056	2.206.000	- 74.944	- 3,40
Bilanzsumme Passiva	69.517.043	66.873.829	2.643.214	3,95
Indossamentsverbindlichkeiten	0	0	0	0,00
Vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel	240	144	96	66,67
Geschäftsvolumen	69.517.283	66.873.973	2.643.310	3,95
nachrichtlich: Bürgschaften	1.225.193	980.792	244.401	24,92

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Europa

Die Wirtschaft im Euroraum expandierte 2007 weiter überdurchschnittlich. Das reale BIP im Euroraum erhöhte sich um 2,6% im Vergleich zum Vorjahr. Die Ausfuhren aus der EU profitierten weiter vom robusten, wenn auch leicht rückläufigen Weltwirtschaftswachstum. Hauptantrieb der anhaltenden Expansion war aber die Binnennachfrage. Die Investitionstätigkeit blieb auch im Berichtsjahr dynamisch, sie wurde gefördert durch günstige Finanzierungsbedingungen, kräftige Unternehmenserträge und wei-

cherheiten bezüglich der Perspektiven für das Wirtschaftswachstum auf. Verstärkt wurden die Abwärtsrisiken durch die hohen Preissteigerungen bei Öl und anderen Rohstoffen, globalen Ungleichgewichten und potenziellen Protektionismusbestrebungen. Zudem ist es derzeit schwer, die möglichen Auswirkungen der Risikoneubewertung an den Finanzmärkten auf die Finanzierungsbedingungen sowie die konjunkturelle Entwicklung einzuschätzen.

Der harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) lag bis August 2007 bei 1,7% und damit voll im Korridor, den die EZB

Die außerordentlichen Mitgliedssparkassen

tere Effizienzsteigerungen auf Unternehmensebene. Hinzu kamen real steigende Einkommen, so dass auch der private Konsum zur wirtschaftlichen Expansion beitragen konnte. Die Fundamentaldaten der Wirtschaft des Eurogebietes blieben das gesamte Jahr über solide. Die Ertragslage der Unternehmen entwickelte sich nachhaltig, die Bilanz der privaten Haushalte wuchs stark an. Auch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist weiter sehr positiv, die Arbeitslosenquote fiel europaweit von 8,2% im Vorjahr auf 7,4% in 2007. Dies ist das niedrigste Niveau seit 25 Jahren. In der zweiten Jahreshälfte des Berichtsjahres kamen bedingt durch einsetzende Finanzmarkturbulenzen Unsi-

vorgesehen hatte. Trotzdem setzte die europäische Zentralbank ihren Kurs der leichten Zinsschritte fort und erhöhte die Leitzinsen im März und Juni um jeweils 25 Basispunkte, da die monetäre Analyse vor dem Hintergrund einer reichlichen Liquiditätsausstattung auf mittlere bis längere Sicht Inflationsrisiken aufzeigte. In der zweiten Jahreshälfte verzichtete die EZB trotz anziehendem HVPI zum Jahresende auf knapp 3% auf weitere Zinsschritte, um die Gefahren durch die Finanzmarktkrise nicht noch zu verschärfen.

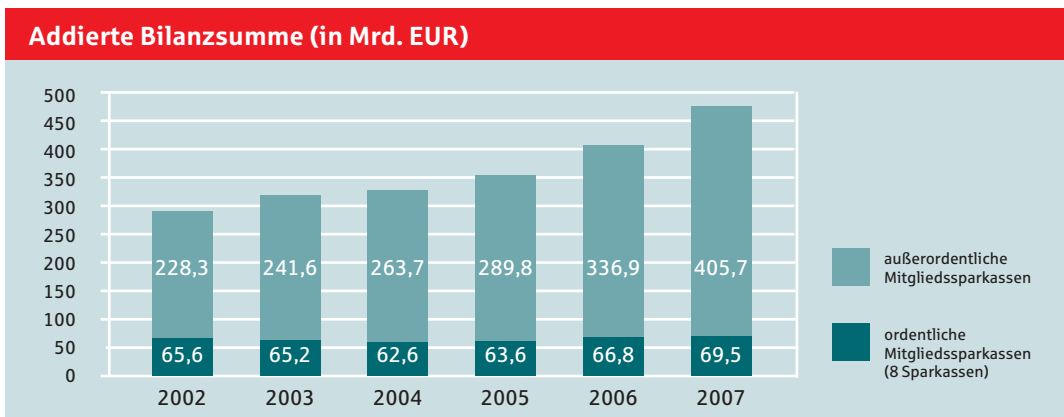
Die öffentlichen Finanzen im Euroraum entwickelten sich im Jahr 2007 recht günstig. Das durchschnittliche Haushaltsdefizit sank von 1,3% des BIP im



Jahr 2006 auf 0,6% des BIP im Jahr 2007 und damit auf den niedrigsten Stand seit 1973. Kein Land des Euroraumes verzeichnete ein Defizit oberhalb des Referenzwerts von 3% des BIP. Die Senkung der Defizitquote ist im Wesentlichen auf die günstige Konjunkturlage und auf unerwartete Mehreinnahmen zurückzuführen und nicht etwa auf Fortschritte bei der strukturellen Haushaltskonsolidierung. Da man davon ausgeht, dass sich das Wachstum des BIP 2008 und 2009 verlangsamen wird, ist also wieder mit einer steigenden Defizitquote zu rechnen. Auch sind einige Länder noch weit davon entfernt, den Referenzwert von 60% des BIP als Gesamtschuldenquote zu erreichen. Italien wird voraussichtlich den öffentlichen Schuldenstand nur geringfügig abbauen können und für Portugal rechnet man sogar mit einer Erhöhung.

Die außerordentlichen Mitglieder

Das Bilanzvolumen der außerordentlichen Mitglieder – 35 europäische freie Sparkassen aus zehn Ländern und der Verband der schwedischen Sparkassen – stieg um 47,1 Mrd. EUR auf 405,6 Mrd. EUR. Dabei zeigte sich wie in den Vorjahren bei den einzelnen Instituten ein differenziertes Bild des Bilanzsummenwachstums. Die Entwicklung der außerordentlichen Mitglieder wird insbesondere durch die jeweilige geschäftspolitische Ausrichtung der einzelnen Häuser und das jeweilige nationale Wettbewerbsumfeld geprägt.





Mitgliedssparkassen in Europa

Die außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Ausgewählte Geschäftsdaten der außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Sparkassen	Bilanzsumme Mio. EUR	Kredit- volumen ¹⁾ Mio. EUR	Gesamt- einlagen ²⁾ Mio. EUR	Eigenkapital Mio. EUR	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Bankstellen
Frankreich						
Caisse d'Epargne d'Alsace, Straßburg	7.510	2.985	4.318	428	1.065	140
Italien						
Südtiroler Sparkasse AG, Bozen	6.623	5.248	5.522	609	1.236	100
Banca CARIGE SpA, Genua	27.464	17.478	18.609	2.623	4.706	522
Niederlande						
SNS Reaal Groep N.V., Utrecht	103.074	63.045	59.207	3.591	6.245	170
Norwegen						
Sparebanken SØR, Arendal	3.791	3.243	3.191	287	319	29
Malta						
Sparkasse Bank Malta plc., Sliema	159	1	98	16	9	1
Österreich						
Sparkasse Baden, Baden bei Wien	846	450	561	72	153	14
Sparkasse Bregenz Bank AG, Bregenz	513	361	630	41	89	8
Sparkasse Eferding-Peuerbach-Waizenkirchen, Eferding	431	242	353	33	88	14
Sparkasse der Stadt Feldkirch, Feldkirch	1.052	743	652	103	209	13
Sparkasse Feldkirchen/Kärnten, Feldkirchen	301	136	224	43	47	4
Steiermärkische Bank und Sparkassen AG, Graz	10.941	7.541	7.180	640	1.607	124
Sparkasse Haugsdorf, Haugsdorf	82	39	70	8	13	2
Sparkasse Herzogenburg-Neulengbach, Herzogenburg	276	121	235	26	63	8
Weinviertler Sparkasse, Hollabrunn	570	271	426	34	84	14
Sparkasse Imst AG, Imst	833	560	498	51	176	18
Tiroler Sparkasse Bank-AG Innsbruck, Innsbruck	4.377	2.430	2.019	186	607	55
Kärntner Sparkasse Aktiengesellschaft, Klagenfurt	3.602	2.247	2.252	236	649	59
Kremser Bank und Sparkassen Aktiengesellschaft, Krems	606	285	392	42	129	12
Sparkasse Kufstein, Tiroler Sparkasse von 1877, Kufstein	1.239	802	743	112	215	15

Die außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Ausgewählte Geschäftsdaten der außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Sparkassen	Bilanzsumme Mio. EUR	Kredit- volumen ¹⁾ Mio. EUR	Gesamt- einlagen ²⁾ Mio. EUR	Eigenkapital Mio. EUR	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Bankstellen
Sparkasse Langenlois, Langenlois	203	125	170	16	41	3
Lienzer Sparkasse AG, Lienz	355	183	269	23	71	6
Allgemeine Sparkasse Oberösterreich Bank-AG, Linz	9.591	5.971	6.928	438	1.541	133
Sparkasse Neunkirchen, Neunkirchen	778	485	649	53	148	18
Sparkasse Pottenstein NÖ, Pottenstein	209	141	161	17	39	2
Sparkasse-Niederösterreich Mitte-West AG, St. Pölten	2.082	1.321	1.784	98	499	45
Salzburger Sparkasse Bank AG, Salzburg	4.202	2.503	2.825	188	800	76
Sparkasse Schwaz, Schwaz	1.078	624	745	85	174	14
Waldviertler Sparkasse von 1842, Waidhofen a.d. Thaya	713	593	571	51	276	19
Erste Bank der Österreichischen Sparkassen AG, Wien ³⁾	91.964	29.879	46.212	7.368	5.243	163
Wiener Neustädter Sparkasse, Wiener Neustadt	1.147	659	859	72	179	11
Schweden						
Sparbankernas Riksförbund	16.981	12.654	13.217	2.388	2.870	232
darunter Sparbanken Syd, Ystad	753	654	539	144	125	9
Schweiz						
AEK Bank 1826, Thun	1.420	1.285	1.165	163	111	12
Spanien						
Caixa Catalunya, Barcelona	68.185	50.514	47.520	2.614	6.673	1.200
Tschechische Republik						
Česka spořitelna a.s., Prag	33.197	17.604	26.104	2.266	10.897	636
Insgesamt 35 Institute und 1 Verband nachrichtlich in EUR	405.642	232.115	255.820	24.877	47.146	3.883
Stand per 31.12.2007						

1) Forderungen an Nichtbanken

2) Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken, Inhaberschuldverschreibungen und Sparkassenobligationen

3) ohne Berücksichtigung der Konzernbilanz

Die französischen Sparkassen

Die französischen Sparkassen wurden 1999 in genossenschaftliche Institute umgewandelt. Sie gehören zu 80% lokalen Spargesellschaften, deren Anteilseigner sich wiederum aus ca. 3,4 Millionen Genossen – die im wesentlichen Sparkassenkunden sind – zusammensetzen. Als gemeinsame Dachorganisation wurde die Caisse Nationale des Caisses d'Épargne (CNCE) gegründet, die zu 100% den regionalen Sparkassen gehört.

Die CNCE übernimmt dabei Verbandsaufgaben und fungiert als Sprachrohr

Seit Juni 2006 verfügt die französische Sparkassenorganisation zusammen mit der französischen Genossenschaftsgruppe zudem mit der Investmentbank Natixis über einen direkten Zugang zu den Kapitalmärkten. An diesem Institut, das neben Investmentbanking auch das Firmenkundengeschäft sowie die Vermögensverwaltung für die Institutsgruppen übernimmt, sind beide Gruppen mit jeweils 34% beteiligt, der Rest der an der Pariser Börse notierten Aktien befindet sich in Streubesitz. Natixis strebt eigenen Berichten zufolge eine Expansion nach ganz Europa an, insbe-

Frankreich

der französischen Sparkassen gegenüber allen regulierenden Behörden, ist aber gleichzeitig auch das Spitzeninstitut der französischen Sparkassen. Sie wickelt den Zahlungsverkehr für sämtliche Institute ab, kümmert sich zentral um die Anlage der überschüssigen Gelder der einzelnen Sparkassen und entwickelt Produkte und Dienstleistungen für die Sparkassen, die diese 1:1 übernehmen. Zusätzlich operiert die CNCE auch als Holding, sie hält Beteiligungen an Hypothekenbanken, Bauträgergesellschaften, Versicherungen und anderen Verbundpartnern. Sie legt die Geschäftspolitik für alle Sparkassen fest und entscheidet über Investitionen und Gewinnverwendung.

sondere Westeuropa. Im Fokus stehen vor allem große und mittelständische Unternehmen sowie institutionelle Kunden. Im Jahr 2007 war man bereits in Deutschland in den Bereichen Corporate und Investment Banking sowie über die Töchter Coface und VR Factorem im Factoring tätig.

Auch im Berichtsjahr 2007 gab es noch keine Entscheidung über das Sparkonto „Livret A“. Hierbei handelt es sich um ein steuerbefreites Sparbuch mit einem von der Regierung festgelegten attraktiven Zins, auf das Post und Sparkassen ein Monopol besitzen. Die privaten Banken fordern gleiche Wettbewerbsbedingungen und wollen dieses Sparbuch, das 23,5 Millionen Franzosen mit einem

Einlagevolumen von 60,7 Mrd. EUR bei den Sparkassen unterhalten, ihren Kunden ebenfalls anbieten. Daher reichten sie Ende 2005 eine Klage bei der französischen Aufsichtsbehörde CECEI ein. Im Mai 2007 wurde der französische Gesetzgeber von der EU-Kommission aufgefordert, die Livret-Sparbücher binnen neun Monaten allen Kreditinstituten gleichermaßen zugänglich zu machen.

Die französische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Unser außerordentliches Mitgliedsinstitut, die Caisse d'Epargne d'Alsace, besitzt neben ihrem Hauptsitz in Straßburg noch 139 weitere Filialen über das gesamte Elsass verteilt. Anteilseigner der Caisse d'Epargne d'Alsace sind 12 lokale Spargesellschaften, die sich wiederum aus fast 90.000 Genossen zusammensetzen.

Mit einer Bilanzsumme von 7,5 Mrd. EUR (7,1 Mrd. in 2006) und 1065 Mitarbeitern gehört sie zu den mittelgroßen französischen Sparkassen. Die Bilanz wies im Berichtsjahr Kundenforderungen in Höhe von 3 Mrd. EUR (2,7 Mrd. EUR in 2006) aus. Die Summe der verwalteten Kundengelder wurde im Berichtsjahr auf 4,3 Mrd. EUR beziffert. Das Institut erwirtschaftete im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss von 25,2 Mio. EUR. Obwohl die Sparkassen inzwischen in der Rechtsform einer Genossenschaft geführt werden, sind sie in erster Linie dem Gemeinwohl und nicht den Interessen ihrer Genossen verpflichtet. Die französischen Sparkassen wenden daher große Summen für gemeinnützige und soziale Zwecke auf.

Der italienische Sparkassensektor

Durch das Amato-Gesetz von 1990 wurde das italienische Sparkassenwesen grundlegend reformiert. Die Sparkassen wurden alle von öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Aktiengesellschaften umgewandelt (Casse di Risparmio S.p.A.), die Gesellschaftsanteile wurden auf Stiftungen übertragen. Mit dieser Änderung des Rechtskonstrukts wurde das Ziel erreicht, Geschäftsbetrieb und gemeinnützige Aufgaben strikt voneinander zu trennen und den politischen Einfluss auf die Geschäftspolitik der Sparkasse zu begrenzen. Zum Ausgleich

die Aktienmehrheit an den Sparkassen zu veräußern. Lediglich für einige Regionen, so unter anderem für unser Mitgliedsinstitut aus Südtirol und für kleine Stiftungen mit einem Gesamtvermögen unter 200 Mio. EUR gab es eine Ausnahmeregelung. Derzeit besitzen 17 von insgesamt 88 Stiftungen keine Sparkassenanteile mehr, 56 halten eine Minderheitsbeteiligung. Die Anzahl der Sparkassen hat sich im Zuge der Reformen von 83 Sparkassen im Jahr 1990 auf gegenwärtig 46 Sparkassen verringert. Der italienische Sparkassen- und Stiftungsverband (Associazione di Fonda-

Italien



darf die öffentliche Hand die Stiftungsgremien besetzen und hat somit weiter Einfluss auf die gemeinnützigen Aufgaben. Zudem wurde das Regionalprinzip aufgehoben, das in Italien per Gesetz bestand.

Im Jahre 1994 wurde mit der Dini-Richtlinie die Verpflichtung der Stiftungen aufgehoben, die Aktienmehrheit an ihrer Sparkasse zu halten. Mit Steueranreizen wurde zudem versucht, den Stiftungen einen Verkauf der Mehrheitsanteile schmackhaft zu machen.

Den letzten Schritt auf dem Weg zur vollständigen Privatisierung der italienischen Sparkassen bildete das Ciampi-Gesetz von 1998. Die Stiftungen wurden per Gesetz verpflichtet, bis Ende 2005

zioni e di Casse di Risparmio S.p.A. – ACRI) übernimmt in erster Linie Repräsentationsaufgaben. Daneben koordiniert er die Aktivitäten seiner Mitglieder, zum Beispiel im Rahmen gemeinsamer Projekte.

Die italienischen außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Unser außerordentliches Mitgliedsinstitut, die Banca Carige S.p.A. (Cassa di Risparmio di Genova e Imperia), wies im Berichtsjahr eine Bilanzsumme von 27,4 Mrd. EUR (Vorjahr 25,3 Mrd. EUR) auf. Die Bank baute ihre starke Marktposition als größte Sparkasse Italiens in Ihrer Region weiter aus. So konnte die Banca Carige die Einlagen ihrer Kunden

von 16,3 Mrd. EUR um 6,7 % auf 17,4 Mrd. EUR erhöhen. Noch stärker fiel der Zuwachs im Kreditgeschäft mit ihren Kunden aus. Das Volumen erhöhte sich um 8,7 % auf 17,5 Mrd. EUR nach 16,1 Mrd. EUR in 2006.

Das Jahresergebnis der Banca Carige fiel auch im Berichtsjahr außerordentlich erfreulich aus. Der Jahresüberschuss konnte um 48,5% auf 204,8 Mio. EUR gesteigert werden. Das Kosten/Ertragsverhältnis (Cost-Income-Ratio) der Sparkasse verbesserte sich von 57,55% im Vorjahr auf 53,21%, die Eigenkapitalrendite stieg vor Steuern auf 14,09% (Vorjahr 9,37%).

Im Berichtsjahr 2007 beendete die Banca Carige ihre Aktivitäten in Deutschland und veräußerte ihren 47,5% Anteil an der Frankfurter Bankgesellschaft AG an die Frankfurter Sparkasse. In Italien erwarb man von der Intesa Sanpaolo Group 198 Filialen zu einem Kaufpreis von knapp 1 Mrd. EUR. Dadurch veränderten sich die Mitarbeiteranzahl und das Filialnetz der Banca Carige Gruppe deutlich, es sind nun 4.706 Mitarbeiter (3.670 im Vorjahr) in 522 Filialen (403 in 2006) tätig. Somit ist die örtliche Präsenz für ihre Kunden weiter gestiegen.

Unser zweites außerordentliches Mitglied aus Italien, die Südtiroler Spar-

kasse AG, konnte sich 2007 ebenfalls über ein verbessertes Betriebsergebnis freuen. Es legte um 5,8% auf nun 62,9 Mio. EUR (59,4 Mio. im Vorjahr) zu. Außerordentlich erfolgreich war man im Bereich der Kundeneinlagen, sie stiegen von 4,7 Mrd. EUR in 2006 um über 17,6% auf 5,5 Mrd. EUR. Auch die Forderungen an Kunden konnten erneut von 4,9 Mrd. EUR auf 5,3 Mrd. EUR gesteigert werden. Die Bilanzsumme legte um fast 7% auf 6,6 Mrd. EUR zu, nach 6,2 Mrd. EUR im Vorjahr. Die Cost-Income-Ratio stieg leicht von 62,2% auf 65,6%, lag aber immer noch deutlich unter dem Wert von 2002. Damals hatte sie noch bei 74,4% gelegen.

Da in Südtirol mit 0,8 Filialen je 1.000 Einwohnern die höchste Bankdichte in ganz Italien herrscht, expandiert das Mitgliedsinstitut aufgrund des fehlenden Regionalprinzips derzeit stark in die Nachbarprovinzen. Die Sparkasse Südtirol AG wird mittelfristig auf einer Achse München-Mailand weitere Filialen eröffnen. So sind demnächst Standorte in Innsbruck und München geplant. Anders als die Banca Carige möchte man bei dem Südtiroler Institut am Stiftungsmodell festhalten. Im Berichtsjahr wurden deshalb von der Stiftung weitere 9,99% der Aktien erworben und der Besitzanteil weiter auf nun 68,81% erhöht.

Der maltesische Bankensektor

Malta bietet hohe wirtschaftliche und politische Stabilität und ist seit 2004 EU-Mitglied. Der am schnellsten wachsende Wirtschaftszweig ist der Banken- und Finanzsektor, der bereits mehr als 12% des BIP ausmacht und über 5.000 Arbeitskräfte beschäftigt. Möglich macht diesen Aufschwung eine liberale und wirtschaftsfreundliche Politik. In Malta ist die Wahrung von Bank- und Geschäftsgeheimnissen strafrechtlich gesichert. Es gibt in Malta 19 Institute mit einer Banklizenz, die alle nach angelsächsischem Recht firmieren. Die

syndizierte Kredite. Dabei sind vor allem die rechtlichen und steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten interessant. Es geht weniger um den Körperschaftsteuersatz, der in Malta bei 35% liegt, als um die tatsächliche steuerliche Belastung. Diese liegt wegen eines Anrechnungssystems oder angenommener Vorwegbesteuerungen wesentlich niedriger. Zu den günstigen Steuern kommen als weitere Standortfaktoren relativ niedrige Arbeitskosten für Mitarbeiter und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sowie nicht zuletzt Englisch als zweite Landes- und Amtssprache.

Malta



größten Institute sind die Bank of Valetta plc. mit knapp 7 Mrd. EUR Bilanzsumme, gefolgt von der Raiffeisen Bank plc. mit ca. 6,1 Mrd. EUR.

Die Bank of Valetta plc. ist Mitglied der europäischen Sparkassenvereinigung in Brüssel. Das umfangreiche Produkt- und Dienstleistungsangebot wird durch die Geschäftsbereiche Investment und Private Banking abgerundet.

Viele der dort ansässigen Kreditinstitute sind Töchter von ausländischen Banken, vor allem aus Österreich. Für diese ist Malta zwar ein Standort, aber kein Markt, weil wenig lokales Privatkundengeschäft zu machen ist. Der geschäftliche Schwerpunkt liegt eher im „Wholesale banking“, hauptsächlich

Die maltesische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Unser jüngstes Mitglied, die Sparkasse Bank Malta plc., wurde vor wenigen Jahren von der Sparkasse Schwaz AG aus Österreich gegründet. Auch die Sparkasse Bank Malta plc. ist in erster Linie im Interbankengeschäft tätig. Dies verdeutlichen einige Bilanzkennzahlen. So stehen Forderungen an Kunden in Höhe von 719.000 EUR Forderungen an Banken in Höhe von 104,8 Mio. EUR zur Seite. Finanziert werden die Ausleihungen zu 70% durch Einlagen von Privatkunden (98,1 Mio. EUR) und zu 30% durch Einlagen von Kreditinstituten (41,6 Mio. EUR). Mit lediglich 9 Mitarbeitern in einer Filiale erwirtschaftete die

Sparkasse Bank Malta plc. im letzten Jahr einen Gewinn nach Steuern in Höhe von 1,6 Mio. EUR und erzielte damit eine

Eigenkapitalrendite von 9,76%. Die Cost-Income-Ratio liegt bei sehr niedrigen 28,41%.

Der niederländische Bankensektor

Die Niederlande weisen nach Belgien den höchsten Konzentrationsgrad eines europäischen Bankenmarktes auf. Der Marktanteil der fünf größten Anbieter liegt bei über 80%. Dabei sind vor allem die Allfinanzkonzerne ING, Fortis und ABN Amro dominierend, die alleine zwei Drittel der aggregierten Bilanzsummen aller niederländischen Banken auf sich vereinen. Neben den großen Finanzkonzernen besteht die Rabobank-Gruppe mit 288 lokalen Genossenschaftsbanken, die formal unabhängig sind, sowie dem Zentralinstitut Rabobank. Regional

ein international operierender Bankkonzern. Daher sind in den Niederlanden keine regional ansässigen Sparkassen mehr zu finden.

Durch die große Konzentration arbeiten niederländische Banken im europäischen Vergleich sehr rentabel. Dennoch ist das Potenzial für ein organisches Wachstum auf dem niederländischen Binnenmarkt sehr begrenzt.

Für großes Aufsehen sorgte 2007 zudem die Bieterschlacht um die ABN Amro. Ausgelöst durch den Hedgefonds TCI, der mit einem Stimmanteil von lediglich 1% forderte, die Bank aufzuspal-

Niederlande



tätige Sparkassen sucht man in unserem Nachbarland vergeblich. Gab es in den Niederlanden Ende der sechziger Jahre noch 250 Sparkassen, ist diese Insti-tutsgruppe heute nicht mehr existent. 1990 schlossen sich über 100 Sparkassen zur SNS Bank zusammen, die außerordentliches Mitglied unseres Verbandes ist. Ferner wurde der Konzentrationsprozess der Sparkassen von der belgisch-niederländischen Fortis-Gruppe vorangetrieben. Die Fortis-Gruppe, die 1990 aus der Fusion eines niederländischen und belgischen Versicherungsunternehmens entstand, hatte in der Folge sowohl in Belgien als auch in den Niederlanden eine Reihe von Sparkassen übernommen und ist heute

ten um den „shareholder value“ zu steigern, war zunächst die Fusion mit der britischen Bank Barclays geplant. Nachdem sich ABN Amro Bank und Barclays schon auf einen Preis geeinigt hatten, trat ein neues Bietertrio bestehend aus Royal Bank of Scotland (RBS), Banco Santander und Fortis mit einem höheren Gebot auf den Plan. Nach einer heftigen Bieterschlacht bekam dieses Bieterkonsortium schließlich den Zuschlag und teilte die Geschäftsbereiche der ABN Amro Bank in Einzelteile. Damit ist eine große Traditionsbank in Europa komplett vom Markt verschwunden.

Die niederländische außerordentliche Mitgliedsparkasse

Unser Mitgliedsinstitut, die SNS REAAL Group, ist derzeit mit einer Bilanzsumme von 103 Mrd. EUR (Vorjahr 80 Mrd. EUR) nach der Zerschlagung der ABN Amro das viergrößte Finanzinstitut in den Niederlanden und konnte seine Ertragslage auch in 2007 weiter verbessern. Der Jahresüberschuss stieg von 371 Mio. EUR im Vorjahr um 25,3% auf 465 Mio. EUR. Die Eigenkapitalrentabilität verbesserte sich von 12,7% auf 13,7% und auch das Kosten/Ertragsverhältnis (Cost-Income-Ratio) verringerte sich trotz IT-Investitionen im Vorjahr wieder von 62,6% auf 60,3%. Mit dem Erwerb der Aktivitäten der Axa NL, Winterthur und DBV sowie der niederländischen Sektion der Swiss Life Holding („Zwitserleven“) konnte die SNS REAAL Group ihre Marktstellung in den Nieder-

landen weiter ausbauen. Die zur Gruppe gehörende REAAL Verzekeringen ist durch die Neuaquisitionen zur zweitgrößten Versicherung in den Niederlanden gewachsen. Im Bankbereich hat man mit der Neugründung der SNS Regio Bank im Juli 2007 die Voraussetzungen für weiteres Wachstum geschaffen. Die SNS Regio Bank vereint die Aktivitäten von Finanzberatern, die ihre Kunden außerhalb einer Bankfiliale beraten und gibt diesen konkurrenzfähige Produkte an die Hand. Eine weitere Erfolgsstory ist die ASN Bank, die ebenfalls zur SNS Reaal Gruppe gehört. Die ASN Bank ist ein Institut, das Kundengelder in nachhaltigen Investments platziert. Ein neu eingeführtes Sparprodukt namens „Sparkreuzeedeposito“ war so erfolgreich, dass die ASN Bank binnen 3 Monaten 2 Mrd. EUR neue Einlagen gewinnen konnte.

Der norwegische Bankensektor

Der norwegische Bankenmarkt ist durch eine starke Konzentration geprägt. Das größte norwegische Kreditinstitut, die DnBNOR mit einer Bilanzsumme von 1.041 Mrd. NOK (126 Mrd. EUR) sowie einem Marktanteil von fast 50%, ist formell eine Sparkasse. Das Institut entstand 2003, als die damals größte norwegische Sparkasse, die Union Bank of Norway, durch die größte Geschäftsbank des Landes, die Den norske Bank, übernommen wurde. Die Berechtigung zur Führung des Namens „Sparkasse“ behalten börsennotierte Kreditinstitute

haben sich zu drei Allianzen zusammengeschlossen. Die norwegischen Sparkassen verfügen alle über die Rechtsform der Stiftung, deren Kapitalbildung vor allem durch Gewinnthesaurierung erfolgt. Seit 2002 können die Sparkassen ihre Rechtsform auch in eine Aktiengesellschaft umwandeln, allerdings hat hiervon bisher lediglich die DnBNOR Gebrauch gemacht.

Seit 1987 ist es den norwegischen Sparkassen zur Stärkung ihres Eigenkapitals möglich, börsennotierte „Primary Capital Certificates“ (PCCs) zu emittieren. Im Gegensatz zu Aktien verbriefen diese

Norwegen



dann, wenn deren Sparkassenstiftungen mind. 10% vom jeweiligen Aktienkapital besitzen. Da die Eigentümerstiftung der Union Bank of Norway noch immer 10,4% an der DnBNor hält, ist diese formell eine Sparkasse und somit weiterhin Mitglied im Sparkassenverband. Als international ausgerichtete Geschäftsbank gehört sie aber auch gleichzeitig dem Bankenverband an.

Neben der DnBNOR gibt es weitere 126 norwegische Sparkassen, die aber im Gegensatz dazu regional ausgerichtet sind. Die meisten dieser Sparkassen

PCCs lediglich begrenzte Einflussrechte im Aufsichtsrat und keinerlei Eigentumsrechte am Kapital der Sparkasse. Im Insolvenzfall erfolgt eine nachrangige Befriedigung der PCC-Inhaber. Obwohl sich auch die norwegischen Sparkassen dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen und soziale Projekte, Kunst-, Kultur- und Sportaktivitäten in ihren Regionen fördern, enthalten weder das norwegische Sparkassengesetz noch die Satzungen der Sparkassen ausdrücklich eine Gemeinwohlorientierung.

Die norwegische außerordentliche Mitgliedsparkasse

Die Sparebanken Sør, unser Mitgliedsinstitut aus Norwegen, verzeichnete erneut ein glänzendes Ergebnis. Die Bilanzsumme legte um mehr als 15% auf 30,2 Mrd. NOK (3,8 Mrd. EUR) zu, nach

26,2 Mrd. NOK (3,3 Mrd. EUR) in 2006. Der Jahresüberschuss stieg von 218 Mio. NOK (26,45 Mio. EUR) auf 238 Mio. NOK (30 Mio. EUR). Die Eigenkapitalrendite lag unverändert zum Vorjahr bei 11,6%, die Cost-Income-Ratio verbesserte sich auf 57,9% (Vorjahr 58,67%).

Der österreichische Sparkassensektor

Das Jahr 2007 stand im Zeichen des Abschlusses eines fünfjährigen Rechtsstreits um den Haftungsverbund NEU der Sparkassengruppe, den das ehemalige Sektormitglied Bank Austria begonnen hatte und der im Januar 2008 nach Prüfung durch die EU-Kommission und einiger österreichischer Gerichte zu Gunsten der Sparkassengruppe beendet wurde. Demnach darf die Sparkassengruppe die Vorteile eines Konzerns bei voller Wahrung der Autonomie der einzelnen Sparkassen nutzen. Von den 53 österreichischen Regionalsparkassen

Kontrollsysteme sowie die Integration zentraler Funktionen. Zugleich bietet auch dieser Haftungsverbund den Kunden eine Einlagensicherung über die gesetzliche Grenze von 20.000 Euro hinaus.

Der Haftungsverbund NEU wurde deshalb im vergangenen Jahr nicht nur vom österreichischen Obersten Gerichtshof wegen seiner zusätzlichen Sicherheits-effekte für Kunden gelobt, sondern auch von der EU-Kommission als Referenzmodell für die Weiterentwicklung dezentraler Finanzsektoren in Europa bezeichnet.

Österreich

haben bisher 51 die für den Beitritt zu diesem Haftungsverbund erforderlichen Organbeschlüsse gefasst und sich mit dem Spitzeninstitut Erste Bank der österreichischen Sparkassen zu der neuen Form des wirtschaftlichen Zusammenschlusses entschieden. Der alte Haftungsverbund, der 2001 abgeschlossen wurde, wird 2009 auslaufen.

Mit der Umsetzung des Haftungsverbunds NEU wurde 2008 begonnen. Seine Ziele sind die gemeinsame Produktentwicklung, der einheitliche Aufbau einer gemeinsamen Identität durch die Einmarkenstrategie, die Standardisierung von Geschäfts- und Marketingstrategien, die Entwicklung gemeinsamer Managementinformations- und

Neue Organisationsform des Erste Bank-Konzerns

Im vergangenen Jahr und in den ersten beiden Quartalen 2008 wurden für die neue Organisationsstruktur des Erste Bank-Konzerns die Beschlüsse gefasst und die Vorbereitungsarbeiten durchgeführt. Die rechtliche Umsetzung erfolgt voraussichtlich ab dem 3. Quartal 2008 in einer Holding, in der alle Steuerungsfunktionen gebündelt und die Infrastruktur für das lokale Kundengeschäft der acht Bankentöchter entwickelt werden. Diese Holding wird nach der Eintragung ins Firmenbuch unter dem Namen „Erste Group Bank AG“ firmieren. Die Erste Bank Österreich wird die Verantwortung für die Privat- und Firmen-

kundenbeziehungen in Österreich tragen und damit ein Schwesterinstitut nicht nur der österreichischen Sparkassen, sondern auch der Auslandstöchter in Ost- und Südosteuropa sein.

Die Zweite Sparkasse

Die Gründung der „Die Zweite Wiener Vereins-Sparkasse“ (Die Zweite Sparkasse) im November 2006 hat nicht nur in Österreich für Aufsehen gesorgt. Dieses neue Institut zählt zu seinen Kunden nur jene Menschen, die aufgrund einer schwierigen wirtschaftlichen Situation keinen Zugang zu einem Bankkonto bei einer anderen Bank haben und hilft ihnen, ihre Lebenssituation – zumindest was Bankdienstleistungen betrifft – zu stabilisieren. Sie bietet diesen Kunden als Standard-Produkt ein Haben-Konto ohne Überziehungsmöglichkeit mit einer BankCard. Im vergangenen Jahr kam es zur Kooperation mit der Vienna Insurance Group (Wiener Städtische Versicherung), die mit der Erste Bank auch für andere Bereiche einen Partnerschaftsvertrag abgeschlossen hat. Diese Versicherung bietet den Inhabern eines Kontos bei der Zweiten Sparkasse ein Gratis-Versicherungspaket und eine sehr günstige Haushalts- und Haftpflichtversicherung. Die Zweite Sparkasse hat in den vergangenen Monaten Filialen in Innsbruck (September 2007), in Salzburg (November 2007), in Klagenfurt (Februar 2008) und in Graz (Mai 2008) eröffnet. Für die anderen Sparkassen hat die Zweite Sparkasse ein Korrespondenzbankprinzip entwickelt, das im 2. Quartal 2008 von der Wiener Neustädter Sparkasse pilotiert wird. Die Mitarbeiter dieser Sparkasse sind ausschließlich auf ehrenamtlicher Basis tätig.

Corporate Social Responsibility (CSR)

Die gesellschaftliche Verantwortung gegenüber ihren Kunden, Mitarbeitern und der Öffentlichkeit im Allgemeinen ist in der österreichischen Sparkassengruppe schon aus dem historischen Gründungsauftrag tief verwurzelt. Die vierte Leistungsbilanz des Österreichischen Sparkassenverbandes, die im April 2008 erschien und im Internet abrufbar ist, dokumentiert diese Verantwortung ausführlich.

Die in den CSR-Konzepten geforderte „Nachhaltigkeit“ wird in der Sparkassengruppe nicht nur auf den Unternehmenserfolg, sondern auch auf die Produktentwicklungen und die gemeinwohlorientierte Verantwortung bezogen. Auch außerhalb des unmittelbaren Bankgeschäftes engagierten sich die Sparkassen für ihre Kunden durch Informationen und Unterstützungen bei der finanziellen Lebensplanung und beim Umgang mit Geld. Zusätzlich zu den bestehenden Kooperationen mit den wichtigsten sozialen und karitativen Organisationen wurde im vergangenen Jahr ein Kooperationsabkommen mit dem Dachverband Hospiz Österreich abgeschlossen, das die Schaffung bzw. Aufrechterhaltung der Landesverbände sowie die Aus- und Weiterbildung bzw. die Supervision der ehrenamtlichen Mitarbeiter garantieren soll. Darüber hinaus kooperiert ein Großteil der Sparkassen mit regionalen Hospizvereinen, deren primäres Ziel die Sterbebegleitung und die psychologische Betreuung der Angehörigen schwerkranker Menschen ist.

Zahl der Sparkassen in Österreich

Ende 2007 gab es 55 Sparkassen, davon 19 traditionell eigentümerlose Sparkassen (12 davon sind Vereinssparkassen)

und 36 Sparkassen (12 davon sind Vereinssparkassen), die ihren Geschäftsbetrieb in eine Aktiengesellschaft ausgelagert haben. Als Aktionäre dieser AGs treten neben 10 Anteilsverwaltungssparkassen 33 Stiftungen auf, wobei in einigen Fällen mehrere Stiftungen Anteile an einer AG halten. Schließlich sind 15 Sparkassen-Aktiengesellschaften auch an anderen Sparkassen beteiligt, in sieben Fällen mehrheitlich.

Die österreichischen außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Der Anteil der Vereinssparkassen an der gesamten Sparkassengruppe beträgt – gemessen an der Bilanzsumme – mehr als 91%. Die größten Sparkassen Österreichs sind Vereinssparkassen bzw. befinden sich im Eigentum von Vereinssparkassen. Die österreichischen Vereinssparkassen wiesen per Jahresende 2007 eine Bilanzsumme von 137,5 Mrd. EUR (+9,0% gegenüber 2006) aus. Die Gesamteinlagen in Höhe von 76,8 Mrd. EUR lagen um 16,6%, das Kredit-

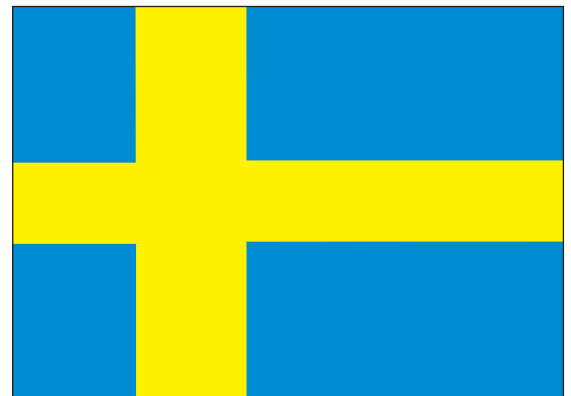
volumen in Höhe von 58,4 Mrd. EUR um 11,4% über dem Vergleichswert 2006. Das Kernkapital der Vereinssparkassen betrug 10 Mrd. EUR. Dies entspricht einem Anteil von 74,7% an den gesamten Eigenmitteln und einer Kernkapitalquote von 15,7%. Die Anzahl der Mitarbeiter betrug (nach Vollzeitkräften gewichtet) 13.051 und die Anzahl der Bankstellen 842. Die Vereinssparkassen betreuen rund 2,7 Millionen Kunden und konnten diesen Marktanteil seit 2002 kontinuierlich auf über 26% steigern. Der Marktanteil aller österreichischen Sparkassen beträgt 28,5%. Das Betriebsergebnis stagnierte gegenüber 2006 und betrug im Jahr 2007 981 Mio. EUR (2006: 982 Mio. EUR), das entspricht 0,73% der DBS. Das Jahres-EGT verringerte sich gegenüber 2006 um 4,5% auf 690 Mio. EUR und beträgt nun 0,51% der DBS. Die Cost-Income-Ratio stieg leicht auf 61,5%, die Eigenkapitalrendite nach Steuern liegt knapp über 7%.

Der schwedische Bankensektor

Auf dem schwedischen Bankenmarkt agieren vier Bankengruppen. Die größte Gruppe der in Schweden tätigen Banken bilden die Geschäftsbanken mit den „großen Vier“ an der Spitze. Dies sind die FöreningsSparbanken (Swedbank), die Svenska Handelsbanken, die Nordea und die SEB. Sie haben gemessen an der Bilanzsumme einen Marktanteil von über 80%. Von den „großen Vier“ hat die FöreningsSparbanken (FSB)/Swedbank ihre Wurzeln im Sparkassen- und Genossenschaftssektor. Dies erklärt auch, warum sie landesweit über ein großes Zweig-

eine sehr starke Marktposition und verfügen vor Ort über weit höhere Marktanteile. Mit 289 Filialen unterhalten die kleinen schwedischen Sparkassen immerhin ca. 10% der Bankfilialen in Schweden. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur flächendeckenden Versorgung von kleinen und mittleren Unternehmen mit Finanzdienstleistungen. Der schwedische Bankenmarkt ist von einem harten Wettbewerb gekennzeichnet. Vor allem die „großen Vier“ haben als Folge des begrenzten schwedischen Marktes stark ins Baltikum, nach Russland und Osteuropa expandiert. Die

Schweden



stellennetz mit 490 Filialen verfügt. Neben dem Standbein im Retail-Banking hat sich die FSB/Swedbank zur internationalen Geschäftsbank entwickelt. Auslandsbanken spielen in Schweden mit Ausnahme der Den Danske Bank eine untergeordnete Rolle. Erst 1986 wurde es ausländischen Banken erlaubt, Tochtergesellschaften in Schweden zu eröffnen. Die Den Danske Bank ist vor allem nach der Übernahme der Östgöta Enskilda Banken mittlerweile zum fünftgrößten Kreditinstitut in Schweden aufgestiegen. Daneben bestehen in Schweden noch zwei Genossenschaftsbanken. Die 79 schwedischen Sparkassen verfügen landesweit über einen Marktanteil von ca. 7%. Regional haben sie aber

Swedbank hält über ihre Tochter Hansabank im Baltikum einen Marktanteil von 40% und ist damit Marktführerin. Zudem wurde kürzlich das ukrainische Kreditinstitut TAS-Kommerzbank erworben, um das Wachstum im Ausland weiter anzukurbeln. Organisches Wachstum im Heimatmarkt ist durch die hohe Bankenkonzentration nur noch schwer möglich und Fusionen – wie die 2002 von Swedbank und SEB geplante – scheiterten zuletzt an den Auflagen der Brüsseler Wettbewerbsbehörden.

Die schwedischen außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Unser außerordentliches Verbandsmitglied, der Sparbankernas Riksförbund vertritt die Interessen der 79 zum Teil sehr kleinen Sparkassen in Schweden. Viele dieser Sparkassen haben weniger als 100 Mitarbeiter und sind daher auf Kooperationen innerhalb der Sparkassengruppe angewiesen. Als Spitzeninstitut unter den Sparkassen in Schweden fungiert die Swedbank. Die Swedbank hat umfangreiche Kooperationsabkommen mit den kleineren Sparkassen des Sparbankernas Riksförbund, insbesondere in den Bereichen Produktentwicklung und IT-Dienstleistungen, geschlossen. Der zunehmende Wettbewerbsdruck und flache Zinskurven sind auch bei den Sparkassen in Schweden spürbar. Um im harten Wettbewerb bestehen zu können, wurde die Anzahl der Mitarbeiter der im Verband zusammengeschlossenen Institute weiter abgebaut und das Filialnetz nochmals gestrafft.

Die kumulierte Bilanzsumme der 79 Sparkassen beläuft sich auf 16,9 Mrd. EUR. Bei einer Eigenkapitalrendite von 7,6% nach Steuern konnten die Institute einen Jahresüberschuss von 275,6

Mio. EUR erwirtschaften. Die Cost-Income-Ratio hat sich im Vergleich zum Vorjahr weiter von 60% im Vorjahr auf 57% im Berichtsjahr verbessert.

Unser außerordentliches Mitglied, die Sparebanken Syd, ist ebenfalls eine Mitgliedssparkasse des Sparbankernas Riksförbund. Die Bilanzsumme stieg um 31,5% von 5,4 Mrd. SEK (593 Mio. EUR) in 2006 auf 7,1 Mrd. SEK (753 Mio. EUR) im Berichtsjahr. Mit diesem Volumen ist die Sparebanken Syd eine typische kleinere Regionalsparkasse in Schweden.

Die Forderungen an Kunden stiegen von 5 Mrd. SEK (526 Mio. EUR) in 2006 auf 6,1 Mrd. SEK (654 Mio. EUR). Die Kundeneinlagen konnten auf 5,1 Mrd. SEK (539 Mio. EUR) gesteigert werden nach 4 Mrd. SEK (436 Mio. EUR) im Vorjahr.

Das abgelaufene Geschäftsjahr war für unser Mitgliedsinstitut außerordentlich erfolgreich. Das Betriebsergebnis verbesserte sich durch einen erfolgreichen Eigenhandel von 73,5 Mio. SEK (7,8 Mio. EUR) in 2006 auf 190 Mio. SEK (20,2 Mio. EUR). Damit erhöhte sich die Eigenkapitalrendite von 7,6% auf 13,4% im Berichtsjahr. Die Cost-Income-Ratio verbesserte sich durch den enormen Gewinnsprung von 63% auf niedrige 45%.

Der Schweizer Bankensektor

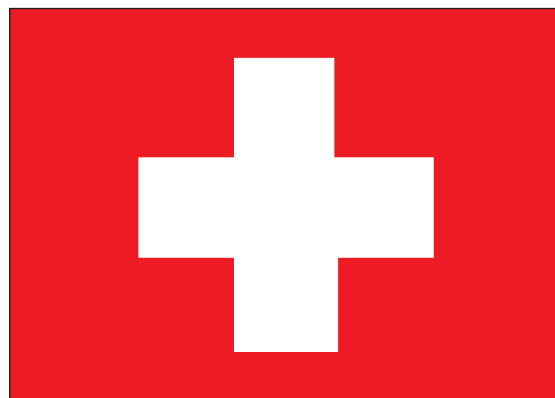
Die Neuigkeiten, die wir 2007 aus der Schweiz erhielten, waren meistens nicht positiv. UBS und Credit Suisse, zwei in der Vergangenheit weltweit erfolgreiche Großbanken, füllten die Schlagzeilen im Zuge der US-Immobilien- und Hypothekarkrise mit immer neuen Mitteilungen über riesigen Abschreibungsbedarf und damit verbundene Verluste. Konnten die ersten Wertberichtigungen noch im Wege der Bilanz verarbeitet werden, sah man sich bei der UBS am Ende sogar gezwungen, neue Eigenmittel von Staatsfonds aus

Die schweizerische außerordentliche Mitgliedsparkasse

Die AEK Bank 1826 blickt auf ein erfolgreiches Jahr 2007 zurück. Trotz eines intensiven Wettbewerbs unter den Schweizer Banken konnte das Institut seine Bilanzsumme um 80 Mio. CHF auf 2,4 Mrd. CHF (1,47 Mrd. EUR) erhöhen. Damit unterstreicht unser Mitgliedsinstitut seine Stellung als größte Regionalbank des Berner Oberlandes.

Der Jahresüberschuss belief sich auf 8,44 Mio. CHF (5,2 Mio. EUR), 2,8% höher als im Jahr 2006. Die Cost-Income-Ratio des Institutes reduzierte sich von 41,6%

Schweiz



Asien und dem mittleren Osten zu beschaffen. Diese Negativpresse hat dem Schweizer Bankplatz nicht gut getan, die Verunsicherung bei vielen Kunden ist groß. Der gute Ruf der mächtigen Schweizer Vermögensverwalter hat definitiv einen Kratzer abbekommen, wenn sich Kunden mit der Frage melden, ob ihr Geld bei der UBS und Credit Suisse überhaupt noch sicher angelegt ist.

Einen ausführlichen Überblick über das Schweizer Bankensystem finden Sie dieses Jahr in der Rubrik „Wir stellen vor“ ab Seite (21).

im Vorjahr auf 38,94%. Ein hervorragender Wert, der die Effizienz unseres Mitgliedsinstitutes widerspiegelt.

Die Kreditgewährung der Bank erfolgt vor allem durch die Vergabe von hypothekarisch gedeckten Krediten zur Finanzierung von Wohnimmobilien. Der Kreditbestand des Institutes konnte im Berichtsjahr leicht auf ca. 2,1 Mrd. CHF (1,36 Mrd. EUR) ausgeweitet werden. Insgesamt konnten auch die von Kunden hereingenommenen Gelder, die hauptsächlich aus Spareinlagen bestehen, auf 1,93 Mrd. CHF (1,2 Mrd. EUR) nach 1,6 Mrd. CHF in 2006 weiter ausgebaut werden.

Die spanischen Sparkassen

Die spanischen Sparkassen haben seit der Deregulierung des spanischen Finanzmarktes 1977 eine erstaunliche Entwicklung genommen. Ihre Marktstellung liegt bei den Kundeneinlagen und Ausleihungen bei ca. 50%, gemessen an der Bilanzsumme liegt ihr Anteil immerhin noch bei knapp 40%. Mit dem Ziel der Stärkung des Wettbewerbs wurden die Preisbindung und die Vorschriften zur Verwendung der Einlagen aufgehoben. Den Sparkassen wurden alle Geschäftsfelder zugestanden, die auch den Geschäftsbanken erlaubt sind.

fentlichen Körperschaften auf maximal 50% begrenzt. Damit wurde Befürchtungen Rechnung getragen, die EU-Kommission könnte die Cajas als öffentliche Unternehmen einstufen und in der Folge Kredite als staatliche Beihilfen einordnen.

Wegen ihrer Rechtsform als eigentümerlose Stiftungen waren die spanischen Sparkassen traditionell auf die Thesaurierung von Gewinnen angewiesen, um ihre Eigenkapitalbasis zu stärken. In den 80er Jahren wurde ihnen dann eingeräumt, nachrangige Schuldtitel und in begrenztem Umfang Vorzugsaktien zu

Spanien



Im Jahre 1988 wurde dann das Regionalprinzip für Sparkassen abgeschafft. Davon haben allerdings erst wenige Sparkassen Gebrauch gemacht, allen voran die La Caixa, die größte spanische Sparkasse. Sie unterhält landesweit über 5.000 Filialen. Nach wie vor konzentrieren sich die meisten Sparkassen auf ihre Region. Um die Sparkassen zu entpolitisieren, trat 2002 das Gesetz zur Finanzmarktreform in Kraft. Zu diesem Zeitpunkt stellten die kommunalen und autonomen Körperschaften in vielen Sparkassen immer noch mehr als die Hälfte der Mitglieder der Gremien. In einigen Fällen lag der Stimmrechtsanteil der öffentlichen Hand bei über 70%. Mit dem Gesetz wurde die Mitsprache der öf-

begeben. Mit dem Reformgesetz von 2002 erhielten sie die Befugnis, stimmrechtslose Aktien (Cuotas Participativas) auszugeben.

Es handelt sich dabei um Eigenkapitalinstrumente (Tier 1) mit unbegrenzter Laufzeit. Vergleichbar deutschen Vorzugsaktien berechtigen sie zum Bezug von Dividenden, sind aber nicht mit Mitspracherechten ausgestattet. Ein einzelner Investor kann höchstens 5% des Kapitals einer Sparkasse erwerben; maximal 50% des Eigenkapitals dürfen auf diese Instrumente fallen.

Infolge ihrer Eigentümerlosigkeit brauchen Cajas keine Dividende zu zahlen. Stattdessen leisten sie – entsprechend ihrem gemeinwohlorientierten Stif-

tungszweck, dem öffentlichen Auftrag – jährliche Ausschüttungen, die für die Verwirklichung sozialer Ziele eingesetzt werden.

Die 46 spanischen Sparkassen besitzen mit der Confederation Espanola de Cajas de Ahorros (CECA) ein gemeinsames Spitzenorgan. Dieses hat eine Doppelfunktion als Sparkassenverband und Spitzeninstitut. In Ihrer Verbandsfunktion repräsentiert die CECA die Sparkassen gegenüber Gesetzgeber und Behörden und berät sie auf betriebswirtschaftlichem und rechtlichem Gebiet. In ihrer Funktion als Spitzeninstitut bietet die CECA den Cajas Finanz-, Verwaltungs- und IT-Dienstleistungen an. Unter anderem unterhält die CECA einen Handelsraum, über den die Cajas Devisen, Derivate etc. handeln können.

Die spanische außerordentliche Mitgliedsparkasse

Die Caixa Catalunya ist die drittgrößte Sparkasse in Spanien. Im Jahr 2007 wurde das Filialnetz weiter kräftig ausgebaut. So besaß unser Mitgliedsinstitut Ende 2007 1.200 Filialen (2006: 1.118), die Anzahl der Mitarbeiter stieg von 6.225 Mitarbeitern in 2006 auf 6.673 in 2007. Auch die Kennzahlen unseres Mitgliedsinstitutes entwickelten sich dynamisch. So stiegen die Kundeneinlagen um 6,6% oder 1,6 Mrd. EUR auf 26,5 Mrd. EUR, Forderungen an Kunden steigen weiter sprunghaft um mehr als 18% oder 7,8 Mrd. EUR auf nunmehr 50,5 Mrd. EUR. Im Berichtsjahr erwirtschaftete die Caixa Catalunya bei einer Eigenkapitalrendite vor Steuern von 22,72% einen Jahresüberschuss von 487,9 Mio. EUR, ein Gewinnplus von über 26% im Vergleich zum Vorjahr. Die Cost-Income-Ratio stieg leicht auf 47,7%.

Der tschechische Bankensektor

Nach der Bankenkrise Mitte der neunziger Jahre hat sich der tschechische Bankenmarkt inzwischen stabilisiert. Heute existieren in Tschechien noch 37 Kreditinstitute. Darunter befindet sich mit der Česká spořitelna a.s. als zweitgrößtes Institut auch die landesweit operierende tschechische Sparkasse. Sie wurde 2000 mehrheitlich von der Ersten Bank der oesterreichischen Sparkassen AG übernommen und entwickelte sich seither zur führenden Retailbank Tschechiens mit 636 Filialen und 5,3 Millionen Kunden. Daneben gibt es keine

lungenen Privatisierungspolitik der neunziger Jahre.

Die tschechische außerordentliche Mitgliedsparkasse

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte unsere außerordentliche Mitgliedsparkasse, die Česká spořitelna a.s., ihre Position als Retailbank Nummer eins festigen und ihr dynamisches Wachstum fortsetzen. Das Institut, das sich als Sparkasse mit sozialer Verantwortung versteht, unterstützte zahlreiche gemeinnützige Projekte und war mit ihrer angeschlossenen Stiftung damit der

Tschechien

weiteren Sparkassen in Tschechien. Auch die anderen großen tschechischen Kreditinstitute befinden sich heute mehrheitlich im Besitz ausländischer Banken, beispielsweise die Československá obchodní banka, CSOB oder die Komerční banka, die sich im Besitz der belgischen KBC bzw. der französischen Société Générale befinden. Diese 3 Institute vereinigen über 50% der Bilanzsummen, 60% der Kundeneinlagen sowie fast 50% der Kundenkredite auf sich. Somit befindet sich der tschechische Bankenmarkt, der nunmehr als weitgehend verteilt gilt, nahezu komplett in der Hand ausländischer Bankkonzerne. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auch eine Folge der miss-

größte Sponsor kultureller, sportlicher und sozialer Aktionen aller tschechischen Banken.

Die Kennzahlen für das Jahr 2006 entwickelten sich wie in den Vorjahren sehr erfreulich. So konnte die Bilanzsumme um 11,8% auf 814,1 Mrd. CZK (30,6 Mrd. EUR) ausgeweitet werden. Dabei wurden die Forderungen an Kunden um 27,1% auf 418,4 Mrd. CZK (15,7 Mrd. EUR) ausgebaut. Auch auf der Einlagen- und Kundengeldern registriert. So konnte die Česká spořitelna die von ihr gehaltenen Kundengelder um 9,5% auf 588,5 Mrd. CZK (22,5 Mrd. EUR) ausbauen. Durch dieses bemerkenswerte Wachstum verbesserten sich die wirtschaftli-

chen Kennzahlen. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern wurde von 23,0% im Vorjahr auf 23,8% gesteigert und das

Institut senkte seine Cost-Income-Ratio von 53,7% auf 50,0%.

Impressum

Verband der Deutschen Freien
Öffentlichen Sparkassen e.V.

Sitz: Frankfurt am Main
Geschäftsstelle: Bremen

Postanschrift:
Am Brill 1-3
28195 Bremen
Telefon: (+49) 421 179 1933
Telefax: (+49) 421 179 3653

Internet:
www.verband-freier-sparkassen.de

E-Mail:
info@verband-freier-sparkassen.de

Druck:
Schintz Druck, Bremen

Fotos in diesem Bericht mit freundlicher Genehmigung
von pixelio.de

**Verband der Deutschen Freien
Öffentlichen Sparkassen e.V.**

Geschäftsstelle Bremen
Am Brill 1-3
28195 Bremen
Telefon: (+49) 421 179 1933
Telefax: (+49) 421 179 3653